Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

[Fernsprecher Nr. 926] Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4089a, laufender Jahrgang.

Der Anzeigenpreis beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 281. | Mittwoch, den 30. November 1904. | 11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Kolonialetat.

Der soeben veröffentlichte Kolonialetat beweist gründlich, zu welch ungeheuerlichen, völlig fruchtlosen Ausgaben unsere deutsche Kolonialpolitik führt. Wird doch in diesem Etat zur Aufrechterhaltung unserer gegenwärtigen Kolonialpolitik ein Zuschuß von nicht weniger als 150 Millionen Mark gefordert! Dieser Zuschuß, der bisher nur in der Höhe von zirka 30 Millionen Mark geleistet werden mußte, hat diese ungeheuerliche Höhe erreicht infolge des südwestafrikanischen Krieges, für den in dem gegenwärtigen Etat allein die Summe von mehr als 120 Millionen Mark gefordert wird. Der Zuschuß für die normale Kolonialpolitik beträgt wie in den früheren Jahren zirka 30 Millionen Mark.

Die 120 Millionen für den südwestafrikanischen Feldzug sind verteilt unter dem ordentlichen Etat und einem Nachtrags-Etat. Der ordentliche Etat verlangt einen Zuschuß von 46 643 000 Mk., der Nachtrags-Etat verlangt die Summe von 73 580 000 Mk. Bekanntlich sind in bereits zwei Nachtrags-Etats in der Höhe von 7 Millionen Mark für Südwestafrika bewilligt worden. Die Kosten für den südwestafrikanischen Feldzug erreichen damit die Höhe von annähernd 130 Millionen Mark. Diese 130 Millionen Mark repräsentieren aber bei weitem nicht die ganze Ausgabe für den unglückseligen Kolonialkrieg in der südwestafrikanischen Sandwüste. Da der Krieg noch unabsehbare Zeit dauern wird, ist es sicher, daß die weiteren Ausgaben für Südwestafrika nicht hinter den schon jetzt geforderten und zum größten Teil vorausgabten Beträgen zurückbleiben werden, so daß uns der gesamte Kolonialkrieg ungefähr 250 Millionen Mark kosten wird.

Daß auch nur ein irgend wie nennenswerter Teil dieser Kriegskosten von den besiegten Eingeborenen getragen werden könnte, ist ausgeschlossen. Wie eine Anmerkung zu dem Bericht des Ansiedelungskommissars Dr. Rohrbach mitteilt, sind den Hereros bis jetzt nur insgesamt 3500 Stück Vieh wieder abgenommen worden. Dr. Rohrbach teilt aber gleichzeitig mit, daß wenigstens 25000 Stück Mutterviere erbeutet werden müßten, um auch nur die unmittelbaren Viehverluste der Farmer nach der Seite des Zuchtzweckes hin zu decken. Wie man aber weiß, ist nicht die geringste Aussicht vorhanden, daß noch weiterhin den Hereros Vieh abgenommen werden könnte, sind doch die Reste des Viehbestandes der Hereros bei ihrer Flucht in die Omaheke durch Wassermangel vollständig aufgerieben worden, so daß jetzt die Eingeborenen dem Verhungern nahe sind. Bekanntlich wird trotz dieser unter den Eingeborenen wütenden Hungersnot der Krieg gegen die Unglückseligen unnachsichtlich fortgesetzt!

Gerade der gegenwärtige Feldzug in Südwestafrika hat bewiesen, daß das Land entsetzlich wasserarm ist und daß es infolgedessen auch für die Viehzucht nur in höchst beschränktem Maße in Betracht kommen kann. Auch Dr. Rohrbach erklärt in seinem Bericht, daß es vielleicht die wichtigsten Cerealien für den Landesbedarf innerhalb der Grenzen der Kolonie aufbringen könne, das heißt nur im Norden. Im Süden liegen die Verhältnisse noch wesentlich ungünstiger. Ueber die Bodenschätze des Landes hat Dr. Rohrbach, der bekannte nationalsoziale Kolonialschwärmer, jede Prognose vorsichtigerweise unterlassen. Alle die Nachrichten von dem Fund von Mineralschätzen haben sich ja bis jetzt als blauer Dunst erwiesen!

Aber nicht nur unsere Kolonialpolitik in Südwestafrika hat sich als eine ungeheuerliche Verschwendung der nationalen Mittel erwiesen, sondern auch über die Entwicklung der übrigen Schutzgebiete wird im Etat nicht das geringste Erfreuliche mitgeteilt. Der Reichszuschuß für die übrigen Kolonien — Ostafrika, Kamerun, Neu-Guinea, die Karolinen, Samoa und Kiautschou — hat sich nicht vermindert, sondern erhöht. Nur einige Kolonien haben eine Verminderung des Reichszuschusses aufzuweisen, z. B. Ostafrika um 1½ Millionen Mk.; dagegen erfordert Kamerun einen Mehrzuschuß von 351 000 Mark und Kiautschou gar einen solchen von 2 077 000 Mk. Der Reichszuschuß für Ostafrika wird sich aber ganz beträchtlich erhöhen, wenn die in der Denkschrift für notwendig erklärten Wegebauten vorgenommen werden sollen. Für notwendig erklärt wird nämlich der Ausbau von Landstraßen von insgesamt 2000 Kilometer Länge. Die Kosten für den Ausbau dieses Wegenetzes sollen sich auf 10800000 Mark belaufen. Wozu eigentlich diese 11 Millionen Mark für Landstraßenbauten ausgegeben werden sollen, ist wahrhaftig rätselhaft, denn daß irgend welche Aussichten auf Entwickelung des ostafrikanischen Bergbaues vorhanden wären, wagt auch die Denkschrift nicht zu behaupten! Sie erklärt vielmehr, daß es „bislang an genügenden Erfahrungen mangele“, um „ein abschließendes Urteil über die Zukunft des ostafrikanischen Bergbaues zuzulassen. Festgestellt sei nur, daß an einer Stelle abbauwürdiger Glimmer, an einer anderen Stelle Granaten gefunden worden seien. Und um diese fragwürdigen Bodenschätze zu heben, soll das Reich weitere 11 Millionen für die kostbare Kolonie verpulvern! Für die negative Entwickelung unseres ostafrikanischen „Sonnenplatzes“ zeugt die Tatsache, daß der Reichszuschuß sich um mehr als 2 Millionen Mark erhöht hat. Für diese kostbare Kolonie geben wir jetzt jährlich 15 Millionen aus. Wie auch nur die Zinsen für diese fortdauernden Ausgaben gedeckt werden sollen, erscheint nach der bisherigen Entwickelung des Sonnenplatzes vollständig schleierhaft!

Der diesjährige Kolonial-Etat stellt also ein vollständiges Fiasko unserer Kolonialpolitik dar! Nichtsdestoweniger wird im Reichstage die bürgerliche Mehrheit unentwegt für die Fortführung dieser am Mark des deutschen Volkes zehrenden Kolonialpolitik eintreten. Der weltpolitische Größenwahn scheint sich nun einmal unserer Bourgeoisie unheilbar bemächtigt zu haben. Die einzige Partei, die gegen den Wahnwitz dieser Weltpolitik, die nur die frivolste Verschleuderung nationalen Gutes und Blutes bedeutet, eintritt, wird nach wie vor die Sozialdemokratie sein.

Russland und Japan.

Die neuesten Meldungen vom Kriegsschauplatze lassen darauf schließen, daß sich die Angriffe der Japaner jetzt häufiger als bisher wiederholen. Kuropatkin meldet: Am 24. November griffen die Japaner eine Abteilung, die bei Pinhotichen stand, in der Front und auf dem linken Flügel an. Am Abend war der Feind überall zurückgeworfen. In der Nacht zum 23. November versuchten die Japaner nochmals, unsere Abteilung anzugreifen, wurden aber durch das Feuer derselben zum Stehen gebracht. Am 25. November erhielt der Feind Verstärkungen. Nachdem aus Liantschan Hilfe eingetroffen war, begann um 11 Uhr vormittags der Kampf; zuerst auf dem rechten Flügel, sodann auch im Zentrum und auf dem linken Flügel gegen die Abteilung bei Pinhetichen. Um 12 Uhr begannen die Japaner den Angriff, wurden aber zurückgeschlagen. Die japanische Artillerie wurde von der unsrigen durch ein erfolgreiches Feuer zum Schweigen gebracht. Gegen 4 Uhr begann ein heftiges Schneetreiben, und es herrschte starker Nebel, was die Wirksamkeit der Artillerie beeinträchtigte. Unter dem Schutze des Nebels gingen die Japaner wiederum zum Angriff über, doch behauptete unsere Abteilung ihre Stellungen. Um 7 Uhr abends fand der Kampf ein Ende. Unsere Verluste sind gering. Unsere Verluste im Kampfe am 25. November beliefen sich auf 9 Tote und 57 Verwundete. Die Nacht zum 26 verlief ruhig. Die Japaner nächtigten 3 bis 4 Werst südlich und östlich von unserer Stellung. Am Morgen des 26. November zwang unsere Gebirgsartillerie die feindliche Vorhut zum Rückzuge. Gegen 9 Uhr morgens unternahm der Feind wieder einen Angriff, indem er unseren linken Flügel zu umgehen versuchte und das Zentrum schwach angriff. Im Zentrum unternahmen heute nacht 12 Freiwillige eine Erkundung, wobei sie bis in den Rücken einer japanischen Feldwache vordrangen, die aus 30 Mann bestand. Nachdem die Freiwilligen drei Salven abgegeben hatten, gingen sie zum Bajonettangriff über und töteten 20 Japaner. Die übrigen flohen. Unter dem Feuer des Feindes zogen sich die Freiwilligen zurück, wobei sie zwei Gefallene und einen Verwundeten mitnahmen. Sie erbeuteten fünf japanische Gewehre.

Auf Port Arthur haben die Japaner wiederum einen allgemeinen Sturmangriff auf die Forts unternommen. Sie wurden einmal zurückgeschlagen, setzen aber den Kampf fort.

Das abgeschlossene russisch englische Abkommen in Betreff des Schiedsgerichtes für die Huller Schießaffäre setzt in acht Artikel fest, daß die Untersuchungs-Kommission aus 5 Mitgliedern bestehen soll, und zwar aus je einem englischen russischen, französischem Offizier; das fünfte Mitglied ist von diesen vier zu bestimmen. Die Kommission wird sobald als möglich in Paris zusammentreten, um genaue Untersuchungen aller Einzelheiten anzustellen und dann beiden Parteien Bericht einzureichen. Die Kosten der Untersuchung, soweit sie vor dem Zusammentritt der Kommission erwachsen sind, trägt jede Partei für sich, nach dem Zusammentritt gemeinsam. Für Beschlüsse ist Stimmenmehrheit erforderlich.

Politische Nachrichten.

Deutschland.

Nur immer weiter so! Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht einen Gesetzentwurf, betr. die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres. Artikel I umfaßt 3 Paragraphen. § 1 lautet: Ab 1. April 1905 wird die Friedenspräsenzstärke als Jahresdurchschnittsstärke allmählich derart erhöht, daß sie im Laufe des Rechnungsjahres 1909 die Zahl von 505 839 Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten erreicht und in dieser Höhe bis zum 31. März 1910 bestehen bleibt. Hieran beteiligt sich Preußen und die zugehörigen Kontingente mit 392 979, Bayern mit 55 424, Sachsen mit 37 711 und Württemberg mit 19 725. Soweit Württemberg diese Zahl nicht aufbringt, erfolgt die Ergänzung aus dem preußischen Kontingentsverwaltungsbezirke. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung. In den offenen Unteroffiziersstellen dürfen Gemeine nicht verpflegt werden. § 2 lautet: In Verbindung mit der Erhöhung der Friedenspräsenzstärke wird die Zahl der vorhandenen Formationen so vermehrt, daß am Schluß des Rechnungsjahres 1909 bestehen: Bei der Infanterie 633 Bataillone, Kavallerie 510 Eskadrons, Feldartillerie 574 Batterien, Fußartillerie 40 Bataillone, Pioniere 29 Bataillone, Verkehrstruppen 12 Bataillone, Train 23 Bataillone. § 3 lautet: In den einzelnen Rechnungsjahren unterliegt die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke nach Maßgabe des § 1 und die Verteilung der Erhöhung auf einzelne Waffengattungen, ebenso wie die Zahl der Stellen für die Offiziere, Aerzte, Beamten und Unteroffiziere der Feststellung durch den Reichshaushaltsetat. Artikel 2 lautet: Das Gesetz kommt in Bayern nach der Bestimmung des Bündnisvertrages, in Württemberg nach der Bestimmung der Militärkonvention zur Anwendung. — Erhöhung der Friedenspräsenzstärke auf der einen und Teilnahme an einer Friedenskonferenz auf der anderen Seite — wie reimt sich das zusammen? Im Uebrigen ist durch diese Vermehrung abermals der Beweis erbracht, daß Moloch Militarismus unersättlich ist.

Die konfessionelle Schule. Mit einer Aufrichtigkeit, wie man sie sonst bei solchen Leuten nur sehr selten vorfindet, hat der Landtagsabgeordnete Rektor Zische-Breslau sich auf dem 16 Berliner katholischen Vereinstag über den Zweck der konfessionellen Schule ausgesprochen: Herr Zische berief sich nämlich, um die Notwendigkeit der dogmatischen Zwangserziehung zu beweisen, auf einige Sätze, die Genosse Jaurès im Jahre 1894 in der französischen Kammer — zu den Opportunisten gewendet — gesprochen haben soll und die angeblich folgendermaßen lauten:

„Früher hatte das Volk im Glauben einen Trost. Sie haben das Volk der Kirche entrissen, mit den überkommenen Gepflogenheiten aufgeräumt, die Vernunft als genügend für das Leben erklärt. Es waren bloß noch Gewohnheiten. Freilich, aber diese Gewohnheiten waren für viele ein Trost, eine Beruhigung. Ihr habt das alte Lied abgebrochen, welches das menschliche Elend einwiegte. Und das Elend hat sich drohend vor Euch aufgerichtet; es verlangt seinen Platz unter der Sonne. Ihr habt die religiöse Erwägung und Befriedigung vernichtet und dadurch auf ein anderes Ziel alle heftigen Wünsche und Bestrebungen vereinigt; dadurch habt Ihr die revolutionäre Siedehitze der Besitzlosen gesteigert. Und jetzt — empört Ihr Euch gegen Euer eigenes Werk!“

Der Herr fuhr nach dem Bericht der „Germania“ unmittelbar im Anschluß an dieses Zitat wörtlich fort:

Nach solchen unzweideutigen Zeugnissen bedarf es keiner Worte mehr: wir können uns nur für die konfessionelle Schule entscheiden, als die sicherste und beste Einrichtung für die christliche Erziehung unserer Kinder und lehnen die Simultanschule und erst recht die konfessionslose Schule a limine ab.

Herr Zische wünscht also, daß das „alte Lied, das das menschliche Elend einwiegte“, weitergesungen werden soll. Er erkennt der Religion den Beruf zu, die Wünsche und Bestrebungen der Arbeiter von der Erde abzulenken. Welch' rührende Uebereinstimmung zwischen dem schlesischen Glaubenshelden und dem gottlosen Spötter Heine, der die Religion ein Lied nannte, „womit man einlullt, wenn es greint, das Volk, den großen Lümmel“. Die aufgeklärte Arbeiterschaft aber läßt sich nicht mehr einlullen. Mit zäher Energie führt sie ihren Klassenkampf, der nicht zum Wenigsten der Befreiung der Schule aus den konfessionellen Banden geweiht ist.

Vom Reichsetat. Die Regierungsvorlage des Reichsetats ist zwar diesmal nicht im geheimen verhökert worden, allein der Berliner Kurs hat es sich nicht versagen können, ihn seinem Leibreptil der „Nordd. Allgem. Zeitung“ als Futter hinzuwerfen. Daß alle politischen Tagesblätter Anspruch darauf haben, diese wichtigen Mitteilungen über die Verwendung der vom Volke erhobenen indirekten Steuern mindestens ebenso frühzeitig zu erhalten, wie das Leiborgan des Reichskanzlers — das scheint den Verantwortlichen in Berlin nun einmal nicht einzuleuchten. Es wäre wünschenswert, wenn es versucht würde, der Regierung auch bessere Manieren der Oeffentlichkeit gegenüber beizubringen. Die in Bruchstücken erfolgende Publikation der Etatsansätze verhindert natürlich eine eingehende Kritik in der Presse. Und so sehen auch wir uns genötigt, uns vorläufig mit der Bekanntgabe einiger Ziffern zu begnügen und die generelle Kritik noch zurückzustellen. Der Militäretat für das

preußische Militärkontingent weist an Einnahmen im ordentlichen Etat nach: 6 670 215 Mk. (— 21 760 Mk.) für Rechnung der Bundesstaaten, mit Ausschluß von Bayern, 416 324 Mk. (— 309 180 Mk.) für Rechnung aller Bundesstaaten; im außerordentlichen Etat 1 858 547 Mk. (— 296 383 Mk.). Die fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Etats betragen 463 961 397 Mark (+ 12 845 841 Mk), die einmaligen 25 026 920 Mark (— 993 369 Mk). Im außerordentlichen Etat werden 53 589 400 Mk (+ 32 470 700 Mk) verlangt. Der Vergleich des Etatsansatzes der Marine für 1905 mit der Geldbedarfsberechnung zum Gesetze betreffend die deutsche Flotte ergibt 238,4 gegen 222,8 Millionen Mark, also für den Etatsansatz 15,6 Millionen Mark mehr. Im Marineetat sind die fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Etats um 5,9 Millionen Mark höher. Im Etat für das Reichsschatzamt werden 25 Millionen mehr gefordert zur Entlastung des Invalidenfonds von den Veteranenbeihilfen. Die Ueberweisung an die Bundesstaaten sind um 6,5 Millionen Mark geringer angesetzt. Von diesem Minus entfallen 37 Millionen Mark auf den Ertrag der Maischbottichsteuer und der Verbrauchsabgaben für Branntwein, 2,9 Millionen für den Ertrag der Reichsstempelabgaben. Die Ausgaben des allgemeinen Pensionsfonds sind um 23 Millionen Mark höher angeschlagen. An der Zinsahre für das Reichsheer mehr 1 637 400 Mark, die Marine mit 396 600 Mark, die Zivilverwaltung mit 273 950 Mk. beteiligt. Auf den Reichsinvalidenfonds entfallen Mehrausgaben von 47 Millionen Mark. Die Einnahmen des Reichs an Zöllen, Verbrauchssteuern und Zöllen sind auf 857 281 740 Mk (+ 13 595 270 Mk) veranschlagt, davon sollen auf Einnahmen, an welchen sämtliche Bundesstaaten teilnehmen, 827 759 210 Mk, auf Einnahmen, an welchen Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen keinen Teil haben (Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier), 29 522 530 Mk. Die Zölle sollen erbringen 512 282 000 Mark (+ 1 413 000 Mark), die Tabaksteuer 11 109 000 Mk. (— 746 000 Mk), die Zuckersteuer 130 000 000 Mark (+ 14 678 000 Mk), die Salzsteuer 52 282 000 Mark (+ 1 976 000 Mk), die Branntweinsteuer a) Maischbottichsteuer 13 524 000 Mk. (— 1 251 000 Mk) b) Verbrauchsabgabe für Branntwein und Zuschlag 103 954 000 Mark (— 2 446 000 Mk), die Schaumweinsteuer wie im Vorjahre 4 531 000 Mk; die Brausteuer und Uebergangsabgaben von Bier 29 521 000 Mk. (— 29 000 Mk); die Aversa von den außerhalb der Zollgrenze liegenden Bundesgebieten an Zöllen, Tabaksteuer, Zuckersteuer, Salzsteuer und Schaumweinsteuer 77 210 Mk (+ 270 Mk), an Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 1530 Mk.

Die Königsberger Schmach vor dem Landtage. Die Freisinnige Volkspartei brachte im Abgeordnetenhause in Sachen des Königsberger Prozesses eine Interpellation ein, welche anfragt, ob die Aussage des russischen Generalkonsuls in Königsberg über den Druckschriftenschatz einen bestimmenden Einfluß auf die Einleitung des Strafverfahrens gehabt habe, und ob der Staatsregierung bekannt sei, daß die russischen Behörden den preußischen unrichtig übersetzte russische Aktenstücke überliefert, einschlägige Reklamationen unterlassen haben und ob die Regierung gedenkt, auf dem Gebiete der Fremdenpolizei, der Auslieferungen von Ausländern, auf Reformen hinzuwirken, sowie eine Aenderung des preußischen Uebereinkommens vom 13. Januar 1885 herbeizuführen.

Ueber den Wert unseres ostasiatischen Sonnenplatzes äußert sich der ehemalige Gesandte in Peking v. Brandt in einem Artikel in der „Berl. Ztg." sehr geringschätzig. In diesem Artikel gleitet v. Brandt jenen Passus in dem auch von uns erwähnten Vortrage des Vizeadmirals a. D. Kühne, in dem Kühne dahin gedeutet hatte, daß von dem Ausgang des russisch-japanischen Krieges auch das Schicksal Tsingtaus als deutscher Kolonie abhängig sei. Diese Auffassung mißfällt v. Brandt, dürfe nicht unwidersprochen bleiben, da sie, falls sie auch die Auffassung einflußreicher Kreise sei, die deutsche Politik in eine Bahn lenken müsse, auf der es an Enttäuschungen und Gefahren nicht fehlen werde. Es sei völlig ausgeschlossen, daß der deutsche Kolonialbesitz in Ostasien jetzt durch ein siegreiches Japan bedroht sei. Japan werde durch den Krieg bereits reichlich lernen, daß es für absehbare Zeit gar nicht daran denken, durch ein offensives Vorgehen gegen andere Mächte sich neue Feinde zu schaffen. Der alten Sagen welche es für Japan nur einen „minimalen Gewinn" bedeuten, wenn es Deutschland aus Tsingtau herausdrängt. Für pseudoethnische Aufbauungsgelüste können das dem Eingang zur Straße von Formosa benachbarte Fukien, jenseits Hainan und der unerforschten Insel Hainan gelegene andere Objekte. Die japanischen Staatsmänner wüßten viel dümmer sein, als sie in Wahrheit sind, wenn sie es auf die Verdrängung Deutschlands in Tsingtau abgesehen hätten. — Herr v. Brandt legt also den deutschen Sonnenplatz eine sehr geringe Bedeutung bei. In der Tat würden denn auch die offiziellen Mitteilungen über die Ein- und Ausfuhrziffern zur Genüge, daß die materielle Bedeutung unseres Sonnenplatzes eine wirklich sehr minimale ist. Der deutsche Export nach Kiautschou ist ein objekt nicht in Frage kommender, sintemalen die Japaner schon jetzt in der deutschen Kolonie den Import zum größten Teil in ihre Hände zu bringen verstanden haben. Auch dieser Umstand, den Herr v. Brandt unerwähnt gelassen, ist ein Grund mehr für die Japaner, die Deutschen in China ruhig gewähren zu lassen. Geht dies, und darauf weist auch v. Brandt hin, würden sich weltpolitische Kollisionen in Ostasien ergeben, wenn Deutschland über die Grenzen seiner Kolonie hinaus Besitz- und Monopolrechte in Anspruch nehmen würde. Unsere ostasiatische Kolonie hat uns bis jetzt wirtschaftlich absolut nichts eingebracht, dafür kostet sie aber jährlich einen Zuschuß von mehr als 10 Millionen Mk., ganz abgesehen von den weiteren Summen, die für die militärische Besatzungsbrigade aufgewendet werden müssen, die doch vollständig entbehrlich wäre, falls Deutschland nicht in Tsingtau den bekannten Kopf eingeschlagen hätte. Auch die Anlegung eines Kriegshafens, wie es Herr v. Brandt ist, beweist, daß unsere ostasiatische Kolonie eine ebenso unrentable Gründung ist, wie unsere Kolonien in Afrika oder Ozeanien.

Der Mittelstand! Das Kleinbürgertum, das wirtschaftlich zwischen Proletariat und Bourgeoisie zerrieben wird, ist in Deutschland auch politisch heute ohne eine eigentliche Vertretung. Es ist die seltsame Erscheinung zu beobachten, daß der städtische Mittelstand der Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden, die doch der Zahl nach noch nicht ganz unbeträchtlich sind, trotz der vielen Parteien, die es im Deutschen Reiche gibt, keine Vertretung ihrer besonderen Interessen haben. Was sich mittelstandsfreundlich unter den reaktionären Parteien nennt, das Agrariertum, die kleinen Kapitalisten, tragen ihr warmes Herz für den Mittelstand nur zur Schau, um seine Wählerstimmen zu gewinnen. Der städtische Mittelstand strebt der Utopie nach, sich durch zünftlerische Gesetzgebung gegen den Großkapitalismus schützen zu lassen. Er will mittels der reaktionären Staatsgewalt dem kleinen Krämer über das gewaltige Warenhaus den Sieg erkämpfen, obwohl das Warenhaus in jeder Hinsicht den wirtschaftlich-technischen Fortschritt der Entwicklung bedeutet. Anderseits wird derselbe Mittelstand sowohl als Konsument wie als Produzent durch die reaktionäre Agrarpolitik selber geschädigt. Trotzdem hängt er bis jetzt mangels einer andern Partei den agrarischen Fraktionen an. Es hat sich nun jetzt eine neue deutsche Mittelstandsvereinigung gebildet, die am Sonnabend ihre erste Generalversammlung abhielt. Es waren 500 Personen anwesend. Aus der Zusammensetzung erkennt man bereits, daß auch diese Organisation nicht beabsichtigt, die spezifischen Interessen der kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker zu vertreten. Es waren z. B. die Vorstände der Grundbesitzervereine anwesend, deren Interessen naturgemäß mit den Bedürfnissen des eigentlichen „kleinen Mannes" unvereinbar sind. Auch hier wird es also wieder auf reaktionären Bauernfang hinauslaufen, indem die wirtschaftlich stärkeren Elemente des Mittelstandes für sich gegen Proletariat und Großkapitalismus Vorteile zu erringen trachten. Es war charakteristisch, daß der in der Arbeiterbewegung rühmlichst bekannte Rehbein-Berlin das einleitende Referat hielt. Der Mann beklagte sich über die Ablehnung der Zuchthausvorlage, wetterte gegen die Warenhäuser, gegen die soziale Fürsorge; gewissen Parlamentariern — er meint die „Sozialreformer" — wünscht er, daß sie ein halbes Jahr Tischlermeister in Berlin sein möchten, sie würden bald am Leben verzweifeln. Bekämen die bürgerlichen Parteien so weiter um die Arbeiter, so würden sie bei den nächsten Wahlen weitere 40 Sitze verlieren. — Die Proben genügen, um den Geist der neuen Vereinigung zu zeigen. Es wird eine Organisation der Leute, die an Scharfmacherei noch die Großindustrie und das Großkapital übertreffen, und den Schaden durch die Gesetzgebung gutzumachen suchen, daß sie es selbst noch nicht zum Millionär gebracht haben. Die wirklich notleidenden Elemente des proletarisierten Mittelstandes werden von diesen Führern lediglich als Stimmvieh und Lockspitzel benutzt.

Gewerbe-Inspektoren sind Hetzer. Im hessischen Landtag hatten die beiden Agrarier und Müllerbesitzer Erk und Brauer einen Antrag eingebracht, in welchem die Regierung ersucht wird, beim Bundesrat dahin zu wirken, daß die Bestimmungen über Nachtarbeit und Sonntagsruhe nur auf Dampfmühlen, nicht aber auf Mühlen, die durch unregelmäßige Wasserkraft betrieben werden und drei oder weniger Arbeiter beschäftigen, zur Anwendung kommen. Da aber von 559 bestehenden Mühlen in Hessen 514 mit unregelmäßiger Wasserkraft arbeiten, von denen 273 ohne Gehilfen und 233 mit 1—3 Gehilfen arbeiten, so läuft der agrarische Antrag darauf hinaus, die sozialpolitischen Maßnahmen im Müllergewerbe überhaupt zu annullieren. Als die Herren Landwirte aber sahen, daß sich für ihren Antrag keine Freunde finden würden, beantragten sie, die Gewerbe-Inspektion anzuweisen, „möglichste Milde" walten zu lassen. Mit anderen Worten also, die hessische Regierung solle das „Reichsgesetz", weil es dem Herren Agrariern unbequem ist, einfach nicht ausführen. In der Debatte, in welcher unsere Genossen Abelsung und Ulrich den Agrariern scharf entgegentraten, führte der demokratische Abgeordnete Brauer aus, die Gewerbe-Inspektoren seien Hetzer, weil sie in die Mühlen kämen und den Mühlburschen sagten: „Ihr müßt das tun und das nicht." Die Regierung käme den Sozialdemokraten zu weit entgegen. Weil also die Gewerbe-Inspektoren ihrer Pflicht gemäß die Betriebe revidierten, so sind sie in den Augen der Herren Agrarier und ihrer scharfmacherischen Freunde „Hetzer". Schließlich kam ein Antrag zur Annahme, der der Regierung aufgibt, zu „prüfen", inwieweit dem Müllereigewerbe durch die sozialpolitische Gesetzgebung „Nachteile" erwachsen.

Der „Patriotismus" der Agrarier geht immer sofort in die Brüche, wenn etwas gegen ihre Interessen und Wünsche unternommen wird. So wird dem Organ des Bundes der Landwirte aus Westfalen geschrieben: „Wir Westfalen werden, falls der Rhein-Weser-Kanal angenommen werden sollte, uns zusammennehmen müssen, daß unsere Liebe zur Heimat nicht beeinträchtigt wird. So denken viele, u. a. alle mir bekannten ehemaligen Parlamentarier, hohe Staatsbeamte usw. Die Stimmung wird längst nicht in der Schärfe zum Ausdruck kommen, wie sie tatsächlich vorhanden ist. Optimistisch veranlagte Köpfe neigen übrigens der Annahme zu, daß die Regierung die Kanalvorlage in ihrer derzeitigen Verfassung überhaupt nicht durchführen könne, selbst wenn sie die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften gefunden hätte." Das letztere ist sehr wohl möglich, denn es ist sehr fraglich, ob die in Frage kommenden Provinzen die ihnen zugemuteten Opfer zu bringen gewillt sein werden für einen Sachsenkanal, der die so lange ersehnte Verbindung der Wasserstraßen des Westens mit denen des Ostens nicht bringt, sondern nur eine Halbheit, die verhältnismäßig wenig verkehrspolitische Bedeutung hat.

Fischbecks Sieg. Den sozialdemokratischen Stadtverordneten Augustin und Hoffmann in Berlin hatte bekanntlich der freisinnige Stadtrat Fischbeck Revisionen des städtischen Obdachs ohne seine ausdrückliche Genehmigung untersagt. Die hiergegen eingelegte Beschwerde wurde sowohl vom Oberbürgermeister als vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg zurückgewiesen. Darauf klagten unsere Genossen beim Oberverwaltungsgericht, das jetzt die Klage ebenfalls abgewiesen hat. Der salomonische Richterspruch besagt in einem schnoderhaften Amtsdeutsch: Das Oberverwaltungsgericht sei zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Strafverfügung, eine Disziplinarmaßregel nicht getroffen sei, weil keine Ausübung der Disziplinarstrafgewalt vorgekommen wäre. — Fischbecks Sieg wird die sozialdemokratischen Kuratoriumsmitglieder des städtischen Obdachs nicht hindern, nach wie vor ihre ersprießliche Revisionstätigkeit auszuüben.

Aenderung der Wehrpflicht. Die „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlicht einen Gesetzentwurf, betr. Aenderung der Wehrpflicht. Artikel I streicht aus dem ersten Absatz des Artikels 59 der Reichsverfassung die Bestimmung, wonach die ersten drei Jahre des Dienstes beim stehenden Heere bei den Fahnen zu leisten sind, fügt aber folgenden Absatz hinzu: Während der Dauer der Dienstpflicht im stehenden Heere sind die Mannschaften der Kavallerie und reitenden Feldartillerie die ersten drei, alle übrigen Mannschaften die ersten zwei Jahre zum ununterbrochenen Dienst bei den Fahnen verpflichtet. Artikel II des Entwurfs bestimmt: Im Falle notwendiger Verstärkungen können auf Anordnung des Kaisers die nach dem neu hinzugefügten Absatz zu entlassenden Mannschaften im aktiven Dienst zurückbehalten werden. Eine solche Zurückbehaltung zählt für eine Uebung im Sinne des letzten Absatzes des Paragraphen 6 des Gesetzes vom 9 November 1867. Die Mannschaften der Fußtruppen, der fahrenden Feldartillerie und des Trains, welche freiwillig, und die anderen, welche gemäß der Dienstpflicht drei Jahre aktiv dienten, dienen in der Landwehr des ersten Aufgebots nur drei Jahre. Die Mannschaften der Landwehr und der Infanterie können während der Dienstzeit in der Landwehr ersten Aufgebots zweimal zu Uebungen in besonderen aus Mannschaften des Beurlaubtenstandes gebildeten Formationen auf 8 bis 14 Tage vom Tage des Eintreffens beim Truppenteil an gerechnet, einberufen werden. Die Landwehrkavallerie wird im Frieden zu Uebungen nicht herangezogen. Die Landwehr und Mannschaften aller übrigen Waffengattungen üben im selben Umfange, wie die Infanterie in besonderen Formationen oder im Anschluß an die betreffenden Linientruppenteile. Artikel III bestimmt, daß das Gesetz am 1. April 1905 in Kraft tritt, in Bayern gemäß dem Bündnisvertrage vom 23. November 1870, in Württemberg gemäß der Militärkonvention vom 21. und 25. November 1870 zur Anwendung kommt. — Man hat sich also nicht dazu verstehen können, ohne weiteres die 2jährige Dienstzeit einzuführen. Warum wohl nicht?

Nicht niedergelegt hat der Konservative von Brauchitsch seine Kandidatur in Jerichow. Die „Deutsche Tagesztg" erklärt die Meldung als ein gelungenes Wahlmanöver.

Vom Wüstenkriege. Das Gefecht mit den Witboois bei Kub hat außer den schon gemeldeten Offizieren noch zahlreiche weitere Opfer gefordert. Eine amtliche Meldung besagt: Gefallen am 22. 11. 04 im Gefecht bei Kub: Unteroffizier Hermann Ständer, geboren 21. 9. 79 zu Eisenach, Schuß linke Schulter; Reiter Alfred Müller, geboren 27. 8. 84 zu Kottbus, Brustschuß; Reiter Paul Wittig, geboren 11. 9. 82 zu Dresden, Brust- und Unterleibsschuß; Reiter Paul Sauer, geboren 23. 2. 81 zu Braschen, Brustschuß; Reiter Max Sell, geboren 18. 1. 83 zu Wyschin, Brustschuß. Ob die Liste nun vollständig ist, wissen wir nicht. Es ist mindestens anzunehmen, daß eine Reihe von Verwundungen noch nachträglich gemeldet werden wird. Die Berichterstattung hinkt nach wie vor in bedenklicher Weise. — An Typhus gestorben: Reiter Hugo Weschke, geb. 7. 12. 1880 zu Heidrungen, am 11 November im Lazarett Epukiro. Reiter Johann Wintzek, geb. 6. 11. 1881 zu Bronitz, Kreis Leobschütz, am 25 November im Lazarett Waterberg an Typhus und infolge seiner am 11. August bei Waterberg erlittenen Verwundung gestorben. — Der unterm 18. November vermißt gemeldete Reiter Bruno Bruckmann hat sich wieder eingefunden.

Kleine politische Nachrichten. Der verrückte Dreschgraf ist wieder nach Berlin zurückgekehrt, nachdem er sich in München auf seinen Geisteszustand hat untersuchen lassen. Er will jetzt in Berliner Vororten Versammlungen abhalten. — Für die am 16. Dezember stattfindende Reichstags-Ersatzwahl im Kreise Rawitsch-Gostyn, wo der bisherige Vertreter, der Rittergutsbesitzer von Mycielski, sein Mandat niedergelegt hat, wurde der Landtagsabgeordnete Dr. Wagner aus Breslau als deutscher Kandidat aufgestellt. — Der Prozeß gegen die Mörder Plehwes wird diese Woche stattfinden. Es sind, wie jetzt bekannt wird, drei Angeklagte vorhanden. — Aus Paris, 26. November, meldet ein Telegramm: Die Deputiertenkammer nahm die zwölf Kapitel des Budgets des Aeußeren an. Von dem Kapitel, das die Forderungen für die Botschaften enthält, wurde auf Grund eines Uebereinkommens zwischen der Regierung und der Kommission die Forderung für die Botschaft beim Vatikan gestrichen. Sehr gut!

Rußland.

Der Semstwokongreß soll nach dem „B. T." folgenden Verfassungsentwurf ausgearbeitet haben: Der Reichsrat wird suspendiert. Wahlberechtigt sind alle 21 Jahre alten Russen, außer dem Militär und der Polizei. Gebildet wird ein Parlament, das aus Oberhaus, „Verchnaja Duma", und Unterhaus, „Nisshnaja Duma", besteht, analog den Semstwos der Gouvernementskreise. Das Oberhaus, richtiger Oberrat, wählt den Reichskanzler. Der Minister des Innern macht die Gesetze bekannt, die vom Zaren zu sanktionieren sind. Der Zar bleibt oberster Kriegsherr mit dem alleinigen Verfügungsrecht über Krieg und Frieden. Außerdem fordert der Kongreß Rückberufung aller Verbannten und auf administrativem Wege Verschickten, und endlich die Herausgabe eines eigenen, völlig zensurfreien Organs, bis die Preßfreiheit eintritt. Die übrigen Punkte haben wir bereits mitgeteilt. Zu bemerken ist hierbei noch, daß von 127 Kongreßteilnehmern 100 für den Entwurf gewesen sind. — Sollte es wirklich noch Leute geben, die unter den heutigen Umständen an die Durchführung der oben skizzierten Verfassung im Zarenreiche glauben?

Oesterreich-Ungarn.

Die Wiener Sozialdemokraten veranstalteten am Sonntagvormittag vor dem Ministerratspräsidium in der Herrengasse und vor dem Unterrichtsministerium auf dem Minoritenplatz die schon angekündigte Kundgebung

gegen die Regierung und die Christlichsozialen wegen der vom niederösterreichischen Landtag beschlossenen Schulgesetze. Ein Zwischenfall ereignete sich nicht. Sodann erfolgte eine Demonstration vor dem Rathause, worüber das Telegraph berichtet: Ein Teil der Demonstranten wollte am gesperrten Eingang des Rathauses gewaltsam sprengen, sie wurden jedoch von der Polizei verdrängt. Ein starkes Aufgebot der Wache zerstreute schließlich die Menge. Fünf Sicherheitswachmänner und drei Demonstranten wurden leicht verletzt; neun Verhaftungen wurden vorgenommen.

Frankreich.

Noch ein Nachspiel zur Spionage-Affäre steht bevor. Der jaurestische Deputierte Gérault-Richard verlangt in der „Petite République" eine Untersuchung über die Auskunftsgeld, welche sich Oberst Henry und der Chef des Generalstabes, Botsdeffre, mit Geldern verschafft hätten, die für Verteidigungszwecke bestimmt gewesen seien. Beweis für die Notwendigkeit dieser Untersuchung sei beispielsweise ein im Archiv vorgefundener Auskunftszettel über den früheren Kriegsminister Freycinet, worin es heißt: „Bedürftiger Mensch; erhält Geld von Zeitungen, um ihnen Nachrichten zu übermitteln."

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag den 29. November.

Achtung, Zimmerer! Ueber die Firma Helfmann u. Co. (Bahnhofsbau) ist die Sperre verhängt. Die Lohnkommission der Zimmerer.

Eine Erhöhung des Fahrpreises hatte die hiesige Straßenbahn geplant; allerdings sollten dann Schaffner angestellt werden. Es haben diesbezügliche Verhandlungen zwischen Vertretern der Stadt und der Direktion der Straßenbahn stattgefunden, in denen sich die Stadt gegen eine Fahrpreiserhöhung ausgesprochen hat. Wie verlautet, sind die Besprechungen noch nicht abgeschlossen. Man kann sich dem ablehnenden Verhalten der Stadt nur voll und ganz anschließen, denn es handelt sich hier um eine Frage, die für weite Kreise von großer Bedeutung ist. Wie wir im allgemeinen gegen jede Verkehrsverteuerung, die gleichbedeutend mit Verschlechterung sind, so darf hier nicht außer acht gelassen werden, daß auch viele Arbeiter, gezwungen durch weite Entfernung von ihrer Arbeitsstätte, die Straßenbahn benutzen müssen; sie würde eine Erhöhung des Fahrpreises am schwersten treffen. Wenn sich nun eine Anstellung von Schaffnern für die Hauptlinie notwendig macht, so ist die Straßenbahngesellschaft ganz gut in der Lage, bei ihrem jetzigen Tarife dieses durchführen zu können. Wie gesagt, die Bevölkerung Lübecks steht einer Erhöhung des Straßenbahntarifes, die nur den Aktionären zu gute kommt, strikte ablehnend gegenüber.

Aus dem Gerichtssaal. Wegen schwerer Kuppelei und Erpressung verhandelte die Strafkammer am Sonnabend in nichtöffentlicher Sitzung gegen den Arbeiter W. aus Travemünde. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 8 Monate Zuchthaus. Von der Untersuchungshaft wurden zwei Monate angerechnet. — Der Zimmergeselle W. soll dadurch Hausfriedensbruch begangen haben, daß er in der Nacht zum 28. August im betrunkenen Zustande in den Garten des Stadtgärtners Langenbuch eingedrungen ist. Der Schutzmann D. wurde darauf aufmerksam und verfolgte den Eindringling, der sich in Begleitung eines Kameraden befunden haben soll. Auf der Flucht versteckte W. sich in einem Gebüsch. Als der Schutzmann den Flüchtling nicht finden konnte, stach und schlug er mit dem Säbel in das Buschwerk, wobei er den am Boden liegenden W. verletzte. Die Sache war schon einmal vor dem Schöffengericht verhandelt; W. bestritt, im Langenbuchschen Garten gewesen zu sein; er wäre total betrunken gewesen. Das Schöffengericht fällte darauf einen Freispruch, gegen den die Staatsanwaltschaft jedoch Berufung einlegte. Die Strafkammer verurteilte W. zu einer Woche Gefängnis und den Schutzmann D. wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 20 Mark Geldstrafe.

Von einer Verstaatlichung der Lübeck-Büchener Eisenbahn wußten Hamburger Blätter wieder einmal zu berichten. Die Direktion erklärt hierzu, daß die Gerüchte grundlos sind.

Kanalverwaltung im Jahre 1903. Die Gesamteinnahme betrug 60 600,40 Mk. (1902 46 468,40 Mk.), wovon auf Preußen 19 299,48 Mk. (1902 17 983 47 Mk.) und auf Lübeck 41 300,91 Mk. (1902 38 484, 83 Mk.) entfielen. Da noch 86 Mk. für alleinige Rechnung Lübecks vereinnahmt worden sind, betrug die Gesamteinnahme Lübecks aus der Kanalverwaltung 41 386,91 Mk. Die Gesamtausgaben an Verwaltungs-, Unterhaltungs- und Betriebskosten des Elbe-Trave-Kanals betrugen 178 034,32 Mk. (1902 163 492,74 Mk., wovon auf Preußen 45 779,40 Mk. (1902 43 068 52 Mk.) und auf Lübeck 132 254,92 Mk. (1902 120 424,22 Mk.) entfallen, sodaß Lübeck nach Abzug der Einnahmen aus der Betriebsverwaltung eine Nettoausgabe von 90 868,01 Mk. zu tragen hat.

Mit einigen Hautabschürfungen kam der kleine Sohn eines hiesigen Kaufmannes davon, der gestern Mittag in der Breitenstraße von einer Droschke überfahren wurde.

Die Rotlaufseuche ist unter den Schweinen des Arbeiters Kletzien in Vorwerk ausgebrochen. Der Schweinestall des Genannten ist unter Sperre gestellt.

Stadt-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man: Mittwoch gelangt zum zweiten Male das Langenscheidt'sche Familiendrama „Um Nichts" auf vielseitiges Verlangen zur Aufführung. Die Besetzung des Dramas, welches sowohl bei Publikum als auch Presse eine sehr beifällige Aufnahme fand, ist die gleiche wie bei der Erstaufführung. Die Premiere des dreiaktigen Lustspiels „Die große Leidenschaft" von Raoul Auernheimer ist für Donnerstag den 1. Dezember angesetzt. Die Hauptrollen Fabrikant Amberg und seine Frau Sophie liegen in den bewährten Händen des Herrn Hofer und Frl. Mehnert. Frl. Letzmann verkörpert die Beate, die Nichte des Fabrikanten Amberg, und Herr Mantius die Rolle des Maler Streit. Das Stück erzielte bei seiner Uraufführung am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg einen großen Heiterkeitserfolg.

pb. **Schwindler.** Am Sonnabend, den 16. ds. Mts., abends zwischen 6 und 6½ Uhr, gelang es einem unbekannten Mann durch Vorspiegelung falscher Tatsachen sich von dem Hausdiener eines hiesigen Hotels und von einem Kellner eines hiesigen größeren Restaurants auf öffentlicher Straße baare Darlehen von 10 bezw. 7 Mk. zu erschwindeln. Der Schwindler trug einen Zylinderhut, dunkelbraunen Krimmerüberzieher mit Sammetkragen, dunklen Jaketanzug und führte einen Regenschirm bei sich. Er ist etwa 34—40 Jahre alt, etwa 1,65 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, dunklen Schnurrbart, spitzes Kinn, längliches Gesicht, bräunliche Gesichtsfarbe und ist von untersetzter Statur.

pb. **Leichenfund.** Gestern Nachmittag gegen 4½ Uhr wurde aus dem Stadtgraben bei der Puppenbrücke der Arbeiter K. als Leiche aus dem Wasser gezogen. Ob hier ein Selbstmord oder Unglücksfall vorliegt hat sich noch nicht feststellen lassen.

pb. **Diebstahl.** Am Donnerstag, den 24. d. Mts., nachmittags gegen 5 Uhr wurden von einem vor dem Hause Cronsforder Allee Nr. 12b ohne Aufsicht stehenden zweirädrigen Handwagen ein Packet mit 1000 Zigarrentüten gestohlen. Die Tüten tragen die Bezeichnung „Carl Fick, Elswigstraße Nr. 16."

Stockelsdorf. Zur Kirchenratswahl. Die Wählerlisten für Stockelsdorf liegen vom 28. Novbr. bis 8. Dezember beim Maurer H. Stapelfeldt in Stockelsdorf, bei Wilh. Jäger in Fackenburg, bei Jarring in Steinrade und beim Bauernvogt Spethmann in Eckhorst zur Einsichtnahme aus.

r. **Eutin.** In der Gemeinderatssitzung am Montag wurde nach anderthalbstündiger Debatte mit 6 gegen 5 Stimmen beschlossen, den Gesuchen um Verleihung des Bürgerrechts stattzugeben. Hierauf stimmten für die einzeln zu prüfenden Gesuche 8 Mitglieder (darunter auch Kühn und Krützfeld).

Eutin. Die Gemeinderatswahlen finden morgen, Mittwoch, von 10 bis 1 Uhr statt. Die von uns unterstützte Liste enthält die Namen der Gen. Rebenstorf und Ziesemer, sowie weiter die der Herren Döhler, Höppner, Spethmann und Voß. Wir fordern die Genossen und Arbeiter nochmals auf, sich recht zahlreich an der Wahl zu beteiligen und nur eine Liste abzugeben, die vorstehend wiedergegebene Namen enthält. Wenn sich jeder seiner Pflicht bewußt ist, so müssen unsere Kandidaten siegen.

Stubben. Ein bedeutendes Feuer äscherte Freitag das Wohngewese des Viertelhufners Leitner im benachbarten Eichede total ein. Das lebende Inventar, bis auf ein Fohlen und den Ziehhund, welch letzterer wieder in's Feuer hineinlief, konnte gerettet werden. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt. Der Schaden ist bedeutend.

Schönberg. Landtagswahl. Freitag fand die Ersatzwahl für den ausgeschiedenen Landtagsabgeordneten Lohse, früher Hauswirt in Gr. Siemz, jetzt Rentier in Schönberg, statt. Die Wahl hat nachfolgendes Resultat ergeben; Hauswirt Bruhn sen. in Grieben erhielt 10 Stimmen, Hauswirt Lenschow, Lübseerhagen 1 Stimme, Hauswirt Buchmeister in Rodenberg 2 Stimmen. Mithin ist Bruhn gewählt und zwar für die bis Neujahr 1906 laufende Wahlperiode.

Dassow. Unfall. Einem Zimmermann, der auf einem Neubau arbeitete, entfiel ein sog. Deixel; die letztere traf einen unterstehenden Arbeiter und verletzte ihn erheblich am Kopfe. — Explosion. In der Brennerei zu Kalkenhof explodierten durch ein defektes Rohr entwichene Gase, wobei der Besitzer der Brennerei nicht unerhebliche Verletzungen erlitt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Unglückliche Liebe veranlaßte die Tochter eines Hamburger Geschäftsmannes in St. Georg, den Tod zu suchen. Sie nahm eine Lösung Kleesalz zu sich. Die Tat wurde aber noch rechtzeitig entdeckt; man rief einen Arzt herbei und dieser brachte durch Verabreichung von Gegenmitteln das junge Mädchen außer Gefahr. — In eine Waschbalge mit kochendem Wasser fiel der vierjährige Knabe Gottsch in Hamburg, Engelstraße 7. Das Kind verbrühte sich derartig, daß der Tod sofort eintrat. — Mit Morphium vergiftet hat sich Montag abend in Altona versehentlich ein in der Norderstraße wohnender Schlosser. Der Mann leidet an Schlaflosigkeit; ihm war vom Arzt Morphium verordnet worden. Er trank das ganze Medizinglas aus und erkrankte infolgedessen schwer. Auf Veranlassung der Angehörigen wurde der Erkrankte in das städtische Krankenhaus gebracht. Man fürchtet, daß er ein Opfer seiner Unvorsichtigkeit werde. — Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend abend auf der Düngerfabrik vom Sparbau bei Bahrenfeld. Eine mehrere Zentner schwere Eisenplatte, welche transportiert werden sollte, stürzte plötzlich um und fiel auf den Arbeiter Wasconiefy, der dann nach dem Anprall in eine 5 Meter tiefe Grube geschleudert wurde. W. erlitt eine schwere Kopfverletzung, einen Schenkelbruch und innere, anscheinend lebensgefährliche Verletzungen. Der Verunglückte wurde durch die Sanitätskolonne ins Krankenhaus geschafft. — Die Gemeindevorsteherstelle in Bant ist jetzt, nachdem sich bisher noch kein geeigneter Kandidat gefunden hat, ausgeschrieben worden.

Hamburg. Unbegründeter Pestverdacht. Die Entlöschung des gesperrten englischen Dampfers „Blagdon" wird morgen beendet. Die in dem Isolierraum des Hafenkrankenhauses untergebrachte Besatzung ist wieder an Bord zurückgekehrt, da sich bei den wiederholt vorgenommenen Untersuchungen absolut nichts Verdächtiges ergab. Der Hamburger Dampfer „Hermia", der einen Teil der Maisladung für Rußland übernommen hat, hat gestern die Reise angetreten. — Wegen Meuterei sind der Koch und ein Matrose des im Kirchenpauer-Hafen liegenden französischen Schoners „Zambese" in Haft genommen worden. Beide hatten sich mit Beilen bewaffnet und drangen dann auf den Kapitän und den Steuermann ein. Ein Matrose, der den Bedrohten zur Hilfe eilte, wurde durch einen Beilhieb verletzt. Erst als Hafenpolizeibeamte an Bord erschienen, gelang es, die beiden Meuterer zu überwältigen. (K. Z.) — Ueberfall mit Messerstecherei. Als in der Nacht vom Sonntag zu Montag der in Wandsbeck wohnhafte Arbeiter Carl Kölln auf dem Heimwege den Dulsberg (Barbeck) passierte, wurde er von drei unbekannten Männern überfallen und durch Messerstiche in die linke Brust lebensgefährlich verletzt. Die Täter sind entkommen. Der Verletzte wurde in bewußtlosem Zustande ins Marien-Krankenhaus gebracht. — Nächtlicher Straßenraub. Als in der letzten Nacht der Heizer Döring aus Wilhelmburg den Zirkus Busch passierte, tauchten plötzlich in der Dunkelheit vier Männer neben ihm auf, rissen ihn zu Boden und raubte ihm sein 45 Mk. enthaltendes Portemonnaie. Die Wegelagerer entkamen, bevor der Beraubte sich von seinem Schrecken erholen und um Hülfe rufen konnte.

Hamburg. Eine gemeinschaftliche Versammlung der drei Sozialdemokratischen Vereine Hamburgs faßte nach längerer Debatte folgenden Beschluß: „Die heutige gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der drei Hamburger Wahlkreise erkennt den Beschluß des Provinzialparteitages, 20 pCt. von den eingegangenen Beiträgen an die Agitationskommission abzuführen, für Hamburg an." Die Vorstände hatten beantragt: „1. Die drei Wahlkreise Hamburgs lehnen es ab, sich einer Parteiorganisation der Provinz Schleswig-Holstein einzufügen. 2. Der Betrag von 8000 Mk. wird der Provinz Schleswig-Holstein für das Geschäftsjahr 1904—1905 zur Verfügung gestellt." Dieser Antrag wurde abgelehnt. Damit haben die Hamburger Genossen dem Beschluß des schleswig-holsteinischen Parteitages in Neumünster, Hamburg in die Provinzialorganisation einzubeziehen, anerkannt.

Kiel. Die „Nordostsee-Zeitung", die vor 17 Jahren von einem Konsortium, an dessen Spitze der Geheimrat Sartori stand, gegründet wurde, hört mit dem letzten Dezember d. Js. zu erscheinen auf. Das Blatt, das der Wahrung nationalliberaler Interessen dienen sollte, ging später in den alleinigen Besitz Sartoris über. Nachdem dieser vor Jahresfrist gestorben, suchten die Erben die „Nordostsee-Zeitung" zu verkaufen. Ein in dieser Richtung mit dem früheren Redakteur abgeschlossener Vertrag ging zurück. Zur Weiterführung des Blattes würde die Anschaffung neuer Maschinen nötig geworden sein.

Schwerin. Eine ungemein rohe Tat vollführten in der Nacht zum 1. Oktober d. J. die 18 Jahre alten Töpfer Bartels und Sattler Lübeck. Ersterer hatte am Tage zuvor sein Gesellenstück in Schwerin gemacht und zechte abends bei seiner Rückkehr in Crivitz mit dem L. und dem 48 Jahre alten Schlachter Rohde. In später Stunde machten sich die drei, alle stark betrunken, auf den Weg nach Zapel. Unterwegs fielen die jungen Bengel über den Rohde her, entblößten seinen Unterkörper, schlugen ihn bis zur Bewußtlosigkeit, suchten seinen großen Bart abzusengen und ließen ihn hilflos liegen. Am andern Morgen wurde Rohde von Passanten gefunden. Aerztliche Hilfe war indessen vergeblich, Rohde starb am fünften Tage. Das Urteil der hiesigen Strafkammer lautete gegen Lübeck auf ein Jahr sechs Monate und gegen Bartels auf ein Jahr vier Monate Gefängnis.

Schwerin. Amtliches Resultat der Reichstagsersatzwahl: Es wurden 24 668 giltige Stimmen abgegeben. Davon erhielt Büsing (liberal) 7036, Dade (kons.) 7033 und Antrick (Soz.) 10590 Stimmen. Zersplittert sind 9 Stimmen. Somit Stichwahl zwischen Büsing und Antrick, die auf Freitag den 2. Dezember festgesetzt ist. Unsere Genossen werden die wenigen Tage bis zur Stichwahl zur intensiven Agitation benutzen, damit Genosse Antrick als Gewählter aus der Urne hervorgeht. Die bürgerlichen Parteien, die sich noch vor wenigen Tagen mit wenig schmeichelhaften Ausdrücken belegten, haben sich bereits gefunden und sind ein Herz und eine Seele, wo es jetzt gegen unsere Partei geht. Hoffentlich ist ihr Ansturm ein vergeblicher. Ein Sieg unsererseits ist ganz gut möglich, wenn alle Arbeiter voll und ganz ihre Pflicht tun.

Güstrow. Die hier am Donnerstag stattgefundene Bürgerausschußwahl in der dritten Wählerklasse, aus der 5 Vertreter auf sechs Jahre und ein Ersatzmann für den verzogenen Genossen Ernst Bauer in den Bürgerausschuß zu entsenden waren, ergab bei der Hauptwahl für keinen der zur Wahl gestellten Kandidaten eine absolute Mehrheit. Das Resultat der Hauptwahl war folgendes: Es erhielten Stimmen: die Kandidaten der organisierten Arbeiterschaft: Schuhmacher Ludwig Deike 193, Lagerhalter Wilhelm Lamberg 177, Arbeiter Wilhelm Diesenbach 175, Tischler Adolf Weden 174, Schneider Carl Meyer 171 und Schuhmacher Paul Böst (Ersatzmann) 163, die Kandidaten des Bürgervereins: Hofmaurermeister Lintz 179, Buchdruckereibesitzer Beyer 168, Handelsgärtner Hagemann 156, Tischlermeister Lust 155, Oberpostassistent Propp 149 und Rentier Brausewaldt (Ersatzmann) 139. Die am selben Tage vorgenommene Stichwahl hatte folgendes Resultat: Es erhielten Stimmen: die Kandidaten der Arbeiter: Deike 201, Lamberg 194, Diesenbach 192, Meyer 186, Weden 185, Böst 189; die Kandidaten des Bürgervereins: Lintz 210, Hagemann 206, Beyer 199, Lust 197, Propp 194, Brausewaldt 179. Gewählt wurden demnach vier Kandidaten des Bürgervereins und zwar: Lintz, Hagemann, Beyer und Lust, von den Kandidaten der Arbeiter: Deike und Böst.

Harburg. Ein schreckliches Bild menschlicher Verkommenheit bot eine Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht. Das „Volksblatt" berichtet darüber: Von dem Waisenrat des Heimfelder Bezirks war zur Anzeige gebracht worden, daß die Eheleute Nowak an der Staderstraße dem von der Frau Nowak mit in die Ehe gebrachten Kinde eine schlechte Behandlung zu teil werden ließen. Als hierauf die Polizei eine Untersuchung vornahm, fand sie das Kind, ein etwa fünfjähriges Mädchen, in einem schrecklichen Zustand. Das Kind hatte auf dem Rücken, am Kopfe und an den Fingern blutunterlaufene Stellen, die von einer Mißhandlung herrührten. Bei einer Kontrolle, die später der städtische Armenpfleger, Herr Sudow, vorgenommen hat, lag das Kind in einer Kiste, ohne Hemd und mit Lumpen zugedeckt. Als Unterlage diente ein dünner, harter Strohsack. Als der Beamte die Mutter darauf aufmerksam machte, daß um diese Jahreszeit (es war im Winter) das Kind nicht so liegen könne, antwortete die Mutter: „Das alte Balg habe sich das Hemd selbst ausgezogen." Schon im vorigen Jahre wurde alsdann gegen das Ehepaar Nowak und die Mutter der Frau Nowak, Frau Steinat, eine 70jährige Frau, Anklage wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung erhoben. Die Angeklagten wurden damals freigesprochen, da das Kind keine belastende Aussage gemacht hatte. Die Mißhandlungen wurden aber fortgesetzt, so daß den Leuten das Kind, welches immer mehr verwahrloste, von der Armenverwaltung abgenommen werden mußte. Das Kind mußte in ärztliche Behandlung gegeben werden und wurde später auf kurze Zeit in ein Genesungsheim überführt, wo es sich dann wieder erholt hat. Gegen die Eheleute Nowak und Frau Steinat wurde nunmehr von neuem Anklage wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung erhoben. Zu der Verhandlung war eine große Anzahl Zeugen geladen, die fast alle wahrgenommen hatten, daß das Kind sehr oft Verletzungen am Kopfe und an den Fingern gehabt hat, und stets sehr ängstlich gewesen ist. Während der Vernehmung des Kindes werden die Angeklagten aus dem Saal geführt. Das Kind antwortet auf die Frage des Vorsitzenden, daß es viel Prügel bekommen habe, und zwar mit einem Riemen. Auch sei es in den Keller gesperrt und aufgehängt worden. Einmal sei es auch mit einem Schuh auf den Rücken geschlagen worden. Beim Essen habe sie sehr häufig kalte Kartoffeln bekommen, die sie stehend an einem Stuhl habe einnehmen müssen. An der Mißhandlung hat sich auch besonders die Frau Steinat beteiligt, die auch mit Schimpfworten, wie „Biest", „Aas" und „Kanaille", auf das Kind eingewirkt hat. Auch die amtliche Untersuchung hat ergeben, daß das Kind auf dem Rücken, an den Armen und am Kopfe schwere Verletzungen gehabt. Der Amtsanwalt beantragte für Frau Steinat und die Ehefrau Nowak je 1 Jahr und für den Ehemann Nowak 1½ Jahr Gefängnis und sofortige Verhaftung sämtlicher Angeklagten. Die Behandlung des Kindes sei unmenschlich gewesen und daher eine harte Strafe am Platze. Der Verteidiger plaidiert für einfache Körperverletzung und ersucht, von der sofortigen Verhaftung der Frau Nowak, in Rücksicht darauf, daß sie erst kürzlich entbunden sei, Abstand zu nehmen. Das Gericht verurteilt die sämtlichen Angeklagten zu je einem Jahr Gefängnis. Der Ehemann Nowak und Frau Steinat

werden sofort verhaftet. Die Verhandlung habe ein schreckliches Bild menschlicher Verkommenheit gegeben. Die Angeklagten hätten das Kind in furchtbar roher Weise gemißhandelt, und es sei deshalb eine empfindliche Strafe gerechtfertigt.

Letzte Nachrichten.

Neufahrwasser. Gekentert. Sonntagnacht kenterte die Fähre, die die Verbindung über das hiesige Hafenbassin vermittelt. Von den zehn Angehörigen des hier liegenden Geschwaders, welche sich auf der Fähre befanden, ertranken drei, zwei Maschinisten vom Küstenpanzer „Frithjof" und ein Maschinistenmaat vom Kreuzer „Amazone". Die Leichen konnten noch in derselben Nacht geborgen und an Bord ihrer Schiffe gebracht werden.

Berlin. Einen Mordversuch gegen seine Braut, die 25jährige Elisabeth Unger, verübte der frühere Bereiter, jetzige Almosenempfänger Joseph Groczek aus der Krautstraße 38a. Nach vorausgegangenem Streit schoß Groczek auf das Mädchen, das schwer verletzt in ein Krankenhaus geschafft wurde. Der Täter verwundete sich beim Entladen der Waffe und wurde ebenfalls dem Krankenhause zugeführt.

Essen a. d. Ruhr. Im Prozeß wegen der Gelsenkirchener Typhusepidemie ließ der Staatsanwalt die Anklage wegen Verursachung der Epidemie fallen; er beantragte wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz gegen Direktor Hegeler zwei Monate, gegen die Direktoren Pfudel und Schmitt je drei Monate Gefängnis, gegen den Maschinenmeister Kiesendahl 300 Mk. Geldstrafe.

Saarbrücken. Ein brennender Kohlenschacht. Der Fettkohlenschacht Klarental der Staatsgrube Saarbrücken wurde Sonntagnacht durch Explosion schlagender Wetter in Brand gesetzt. Die Flamme ist aus dem 660 Meter tiefen Schacht zutage gekommen; die Ventilatorenanlage ist zerstört. Bei den unterirdischen Abdämmungsversuchen erlitten, wie die „Völklinder Zeitung" meldet, neun Bergleute lebensgefährliche Brandwunden. Um das Feuer zu löschen, ist jetzt die Grubenanlage unter Wasser gesetzt; der Schaden ist noch nicht festzustellen.

Portsmouth. Minenexplosion. Als ein Dampfboot des Torpedoschulschiffes „Vernon", wie angenommen wird, das Auslegen von Minen übte, explodierte eine Mine, die das Boot zerstörte, einen Mann tötete und mehrere verwundete.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:
Von der Stadthalle . . . . . 3 Mk.

Friedr. Meyer u. Co.

Am Montag nachmittag 2¾ Uhr entschlief sanft nach kurzer aber schwerer Krankheit unsere kleine süße **Emmi** im Alter von 11 Monaten 8 Tagen. Aus tiefste betrauert und schmerzlich vermißt von ihren Eltern und Verwandten

Emil Kuhlmann und Frau,
geb. Radloff.

Beerdigung am Donnerstag den 1. Dez., nachm. 1 Uhr, vom Trauerhause, Wickedestr. 37, aus.

Deutscher
Metallarbeiterverband
(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Nachruf.

Am 26. November verstarb unser Mitglied, der Klempner

Ernst Boye.

Sein Andenken wird von uns stets in Ehren gehalten werden.

Die Ortsverwaltung.

Hübsch möbliertes Zimmer
für 1 oder 2 Herren mit oder ohne Pension
Fischergrube 24, I.

Eine Wohnung, 2 Stb. u. Küche,
170 Mk. Dankwartsstraße 43

Eine Wohnung zu vermieten
an ruhige Leute, am liebsten ohne Kinder.
O. Jürgens. Elisabethstraße 11.

Mori 108.
Wohnung, 3 Zimmer nebst Zubehör **billig** zu vermieten.
Näheres Hackenburger Allee 10 b.

Schuhmachergesellen
sucht
Johs. Dettmann, Königstr. 24.

Gesucht zu sofort oder später
ein Lehrling.
Herm. Struck. Klempner und Installateur,
Johannisstraße 33.

Zu kaufen gesucht eine gebrauchte Kreissäge für Handbetrieb.
H. Meyer. Parkentor

Ein Kinderwagen u. Sportkarre
billig zu verkaufen Dionysiusstraße 35

Ein guterhaltener Kinderwagen
billig zu verkaufen Wickedestraße 15a.

Ein Küchenschrank zu verkaufen
Fischergrube 14, I.

Gut erhaltener Sitzwagen
zu verkaufen Wickedestraße 15, I.

Zu verkaufen mehrere **junge Hühner und Hähne** Friedenstraße 65, I.

Zu verkaufen **10 Stück Sandstein-Fußplatte** ca. 1,40 Mtr. lang
An der Mauer 82

Ein gebr. Spiegelschrank
zu billigstem Preise zu verkaufen
Langestraße 22, Gewölbe

Zu verkaufen ein fast neuer schwarzer
Kammgarn-Anzug.
Näheres Kleinschmiedestraße 1 b.

Billig
Reste
zu Kinderkleidern, Hemdentuch, bestr. Barchent, Bettzeug, Inlets u. Stickereien.
H. Bobberstein, Hüxstraße 47.

Feine Wäsche
wird sauber gewaschen und geplättet.
Frau Hansen, Kanonenstraße 34.

Empfehle von heute an:

Fr. Schweinefleisch	Pfd. 60	Pf.
Fr. Schinken und Kernbonbe	„ 70	„
Fr. Speckseite u. Leberwurst	Pfd. 70	„
Fr. geräucherte Mettwurst	„ 80	„

Albert Hidde, Kaiserstraße 8. Marktplatz 24.

Ganz besonders

billige Reste liegen in der laufenden Woche zum Verkauf aus.
U. a.:

Rot-marineblau Wollbrokats
in 1 Mtr.-Resten, Stück 45 Pfg. (für Puppenkleider).
Kattunreste 30 Pfg.
Schürzenreste 50 und 70 Pfg.
100 Ctm. breite Blaudruck-Reste 58 Pfg.
Gute Hemdentuchreste 1¼ m 30, 2½ m 68, 3 m
Piqueé-Reste, 2 m für 80 Pfg. [88 Pfg.
Geraubt gebleichten Cord-Piqué 1½ m für 75 Pfg.
Buckskin-Reste, 0,60 m, 0,75 m, 1,00 m, 1,25 m
Rest von **68** Pfg. an.
Sämtliche Kleiderstoff-Reste im anpass. Maß mit 50 % Rabatt.

Trotz der enormen Verkäufe der letzten Wochen offeriere ich noch ca.
500 Loden-Joppen von Mk. 2.70 an.
Winter-Paletots in modernster Ausführung von **Mk. 8.75 an.**

Markt 4 **Otto Albers** Kohlmarkt 10

Man verlange gefl. Sparmarken!

Es bittet

auch in diesem Jahre die Innung der Photographen ihre werte Kundschaft, mit Aufnahmen nicht bis kurz vor Weihnachten zu warten.

Beste Aufnahmezeit von 9 bis 2 Uhr.

Amor
Metall-Putz-Glanz
das **Beste.**
In Dosen à 10 Pfg. überall zu haben.
Man verlange wegen Nachahmungen ausdrücklich den **echten „Amor".**

Gerhd. R. Hegerfeldt
Lotterie-Haupt-Kollekte
Lübeck,
Königstraße 85, b. d. Wahmstraße.
Gegründet 1871 — Fernruf 1172
empfiehlt **Glücks-Lose**
I. Klasse
Hamburger Stadt-Lotterie
Ziehung bereits 15. Dezember.
Schon in 1. Klasse eine Prämie.
Alle Klassen 8 Prämien.
Höchster Gewinn ev.
Mk. 600,000.
Gerhd R. Hegerfeldt
Königstraße 85.

Geschäfts-Verlegung.
Verlegte meine
Lederhandlung, Stepperei und Sohlen-Ausschnitt
von Untertrave 89 nach
70 Untertrave 70.
Eduard Teuteberg.

Etwas nie dagewesenes:
100 Brote umsonst!!
können Sie bekommen, wenn Sie Ihre Margarine bei: **M. Christiansen, Adlerstraße 14,** kaufen. Daselbst gibt es auf **1 Pfd. Margarine 1 Brot im Werte von 12 Pfg., auf 2 Pfd. Margarine 1 Brot im Werte von 25 Pfg. gratis.** Die Preise sind deshalb doch billig: 55, 60, 70 und 75 Pfg pro Pfund. Die Ware ist auch nicht schlechter, sondern frisch und direkt von der Fabrik bezogen. Es liegt im eigenen Interesse jeder Hausfrau, von einem so **vorteilhaften Angebot** Gebrauch zu machen

---

Thüringer Blutwurst
do. Zwiebelleberwurst
empfiehlt
Carl Junge
Wahmstraße 14.

Alle Parteigenossen
welche am Wahltage im 2. Mecklenburger Wahlkreis tätig waren, werden ersucht, **am Mittwoch den 30. ds. M., abends 8 Uhr, im Vereinshaus zu erscheinen, da am Freitag den 2. Dezember die engere Wahl stattfindet.** B. E.

Sanitätsverband Schlutup
Sonntag den 18. Dezember:
Ball mit Kinderbelustigung und -Bescherung
im Lokale des Herrn Böge.
Anfang nachmittags 4 Uhr.

Alle diejenigen, welche ihre Kinder an dem Vergnügen teilnehmen lassen wollen, müssen dieselben bis zum 10. Dezember bei den Unterzeichneten anmelden. Spätere Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden. Kinderbescherung von 7—8 Uhr.

J. Freitag. C. Beck. A. Holst. H. Zarnow.

Panorama
(Filiale a. d. Passage Berlin).
Breitestraße 53, I. Etage.
Diese Woche ausgestellt:
Wanderung i. d. interess. mährischen Schweiz.

Stadt-Halle.
Donnerstag:
Gastspiel des Stadttheater-Ensembles.
Frühlingsluft.
Operette in 3 Akten.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
Ermäßigte Preise im Vorverkauf.

Stadt-Theater.
Mittwoch d. 30. Novbr. 1904.

67. Vorstellung. 10. Mittwochs-Abonnement.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.

Zum 2. Male.
Um Nichts.
Donnerstag den 1. Dezember. Novität. 68. Vorstellung. Novität.

Zum 1. Male.
Die große Leidenschaft.
Lustspiel in 3 Akten.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwig. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 281. Mittwoch, den 30. November 1904. 11. Jahrgang.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik der Berliner Müllkutscher kann als erfolgreich beendet angesehen werden. — Die Holzarbeiter in den Bauwerkstätten in Elberfeld-Barmen haben zur Erringung des Neunstundentages die Arbeit niedergelegt. In den Werkstätten der Möbelindustrie wurde die neunstündige Arbeitszeit bereits vor einigen Monaten durch ein Abkommen eingeführt. — Der Streik der Grundierer und Polituraarbeiter in Fürth ist durch einen Vergleich mit den Arbeitgebern aufgehoben worden. — Bei der Schneeabfuhr in München stellten über 1000 Arbeiter die Arbeit ein. Sie forderten 40 anstatt 30 Pfennig Stundenlohn. Auf Grund eingeleiteter Unterhandlungen erzielten sie 32 Pfg. Stundenlohn. — In den Skodawerken zu Pilsen haben sämtliche Arbeiter der Stahlgußhütte, etwa 200, wegen Lohnreduzierungen die Arbeit niedergelegt.

Unternehmerterrorismus. Auf der Kyffhäuserhütte in Artern gab am 14. November 1904 die Direktion ihren Arbeitern durch Anschlag folgende Bekanntmachung: „Seit einiger Zeit ist das gute Einvernehmen, welches unter den Arbeitern der Kyffhäuserhütte bestand, seitens einiger Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes gestört worden. Mit welchem Raffinement seitens der Agitatoren des Verbandes vorgegangen wurde, zeigt, daß die Arbeiter in der schamlosesten Weise zur Anmeldung gezwungen wurden, so daß sich dieselben veranlaßt sahen, den Schutz der Direktion anzurufen. Daraufhin wurde von der Direktion beschlossen, die Hauptagitatoren sofort zu entlassen, die anderen Arbeiter, welche zur Aufnahme in genannten Verband qualifiziert sind, einen Revers mit nachstehendem Inhalt unterzeichnen zu lassen. Das erstere ist bereits geschehen; wohingegen das Unterzeichnen des Reverses heute Abend von 5½ Uhr im Portierzimmer stattfindet. Um hierbei die Ordnung aufrecht zu erhalten, ist das Zimmer nur immer von einem Manne zu betreten. Denjenigen, welche den Revers heute nicht unterzeichnen, wird bis morgen früh 6 Uhr Bedenkzeit gegeben. Nachdem haben sie den Revers zu unterzeichnen oder sie werden sofort entlassen. Schlegelmilch." — Der Revers hat folgenden Wortlaut: Aktien-Maschinenfabrik Kyffhäuserhütte vorm. Paul Reuß. Revers. Ich erkläre hierdurch, daß ich weder dem Deutsch. Metallarbeiter Verbande als Mitglied oder sonstwie angehöre, noch mich als Mitglied zu demselben während der Dauer meiner Beschäftigung in der Kyffhäuserhütte anmelden werde; ich verpflichte mich vielmehr, sofort aus der Arbeiterschaft der Kyffhäuserhütte auszutreten, wenn ich mich obigem Verband als Mitglied oder sonstwie anschließe. Artern, ... Unterschrift: ..... Ungefähr 1½ Stunde nach dem Anschlagen der Bekanntmachung wurde das Fabriktor geschlossen und jeder Arbeiter einzeln in die Portierstube geführt. Hier wurde ihm der oben abgedruckte Revers mit der Aufforderung, zu unterschreiben, vorgelegt. Ungefähr 70 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes weigerten sich, diesen Revers zu unterzeichnen, und wurden entlassen. Zweifellos ist die Handlungsweise nicht nur als strafbare Drohung, sondern auch als Erpressung aufzufassen. Leider wird sich kein Staatsanwalt finden, die schuldige Firma zur Verantwortung zu ziehen. Die Arbeiter sind bisher immer noch auf sich selbst angewiesen gewesen und so wird es wohl auch fernerhin bleiben. Möge jeder Metallarbeiter sich dessen bewußt werden und dem Verbande beitreten, dann verlieren Reverse, wie der oben gekennzeichnete, jeden Schrecken.

An die Delegierten zum Parteitag der Sozialdemokratie Preußens. Das Berliner Lokalkomitee richtet an alle Delegierten die dringende Bitte, rechtzeitig ihre Anmeldung zu bewirken. Dem Wohnungsausschuß wäre es erwünscht, wenn die Delegierten bei ihrer Anmeldung nähere Angaben über die Art der von ihnen gewünschten Logis machen wollten (ungefährer Preis, ob ein Zimmer für sich allein gewünscht, ob mehrere Delegierte in ein Hotel einquartiert sein wollen rc). Soweit es irgend angängig, würden diese Wünsche dann Berücksichtigung finden. Das Lokalkomitee. J. A.: Eugen Ernst, Berlin SW 68, Lindenstraße 69.

Die Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands fordert Letztere in einem Aufruf auf, sich an den Delegierten-Wahlen zum preußischen Parteitag zu beteiligen.

Das Kind und die rote Fahne. Unter der Anklage, seinen noch nicht strafmündigen Sohn zur Verübung groben Unfugs angestiftet zu haben, indem er ihn veranlaßte, am 2. Mai d. Js. früh gegen 4 Uhr, mit einer roten Fahne vor einem Trupp Personen zu marschieren, war der Zimmermann Holl zu Posen vom Schöffengericht zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Nachdem dieses Urteil auf die eingelegte Berufung von der Strafkammer bestätigt worden war, hat das Kammergericht dasselbe in der Revisionsinstanz aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an die Strafkammer zurückverwiesen, weil es die tatsächlichen Feststellungen zur Ueberführung des Angeklagten als ausreichend nicht ansah. Der Angeklagte hatte bereits in den Vorinstanzen behauptet, auf den Entschluß seines Sohnes in keiner Weise eingewirkt zu haben, er habe von der Tat erst Kenntnis erhalten, als der Knabe von dem Schutzmann am Berliner Tor mit der Fahne angehalten und diese beschlagnahmt worden sei. Bei der in Rede stehenden Maifeier sei ein lebendes Bild gestellt worden, bei der die Fahne Verwendung gefunden und die dann von dem Knaben ohne sein Wissen angeeignet worden sei, um sie als Spielzeug zu benutzen. Eine provokatorische Demonstration zu veranstalten, habe ihm fern gelegen. Diese Behauptungen konnten in der Verhandlung nicht widerlegt werden, weshalb auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft die vorhergegangenen Urteile aufgehoben und die Freisprechung des Angeklagten von Strafe und Kosten ausgesprochen wurde. Der Antrag des Verteidigers, die Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse zu übernehmen, wurde abgelehnt. — Damit hat der Prozeß, der über ein halbes Jahr geführt wurde, sein Ende erreicht. Und das alles, weil ein Schutzmann den Knaben mit dem Fähnchen für einen Umsturzriesen ansah, der die Revolutionsarmee anführt, um den Staat zu zertrümmern. Es kreißt der Berg, und gebärt ein lächerlich Mäuschen!

Die „Vorwärts"-Auflage beträgt zur Zeit etwa 87 000, wie entgegen anderweitigen Meldungen ausdrücklich konstatiert wird.

Aus Nah und Fern.

Ein Opfer seines Berufes. Der dirigierende Arzt der chirurgischen Abteilung am Augusta Viktoria Krankenhause in Berlin, Dr. Bode, ist an den Folgen einer Blutvergiftung, die er sich bei einer Operation zugezogen hatte, gestorben. Er hatte schon vor zirka drei Jahren infolge einer Infektion eine Verhärtung der rechten Hand zu beklagen gehabt; mit großer Geschicklichkeit verstand er es aber, mit seiner linken Hand seine ausgezeichnete chirurgische Tätigkeit fortzusetzen, bis eine neue Infektion an der linken Hand seinem hoffnungsvollen Leben plötzlich ein Ende setzte.

Wie man Soldatenmißhandlungen bestraft, zeigt wieder einmal nachstehender Fall, der jetzt das Kriegsgericht der dritten Division Nr. 32 in Dresden beschäftigte. Der 1883 zu Schellenberg geborene Oberjäger Görne von der 3. Kompagnie des 1. Jägerbataillons Nr. 12 in Freiberg hatte sich wegen Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung von Untergebenen zu verantworten. Görne, ein ehemaliger Unteroffizierschüler, mußte bereits zweimal disziplinarisch wegen vorschriftswidriger Behandlung von Untergebenen bestraft werden, das ist aber kein Grund gewesen, daß man ihm für immer das Handwerk gelegt hätte. Im Gegenteil erfreut sich der Marsjü[illegible] er einer ausgezeichneten Beurteilung durch seinen Kompagniechef. Daß der genannte Korporal im Rekrutendrill bereits ganz Erkleckliches leistet, beweisen seine neuerlichen Straftaten. Eines Tages anfangs November befahl der Unteroffizier beim Schießdienst dem zu seiner Korporalschaft gehörigen Rekruten Mocker, sein Gewehr richtig einzurichten. M. verstand die Sache wohl noch nicht und machte es falsch, worauf ihm der Angeklagte eine „Kopfnuß" gegeben haben will. Welcher Art die Kopfnuß gewesen sein muß, zeigt, daß der Rekrut mit dem Gesicht an den Gewehrkolben prallte und mehrere Tage eine blaugeschwollene Stelle hatte. Am selben Tage bemerkte der Unteroffizier während des Turnens zu demselben Rekruten: „Wenn ich dich noch einmal allein erwische, schlage ich dich so lange, bis du die Knochen im Bettuche zusammensuchen mußt." Ein paar Tage vorher versetzte G. beim Exerzieren dem Rekruten Schmieder zwei Ohrfeigen. Der Angeklagte mußte seine Roheiten zugeben, verteidigte sich aber damit, daß es ihm mit der Aeußerung nicht ernst gewesen sei. Er habe sie auf der Unteroffizierschule in Marienberg gehört und sie deshalb angewandt, ohne sich dabei etwas zu denken. Den Vorfall mit den Ohrfeigen suchte er gleichfalls ganz harmlos hinzustellen, indem er sagte, „er sei dem Manne nur mit der Hand übers Gesicht gefahren", Schmerz könne er nicht davon gehabt haben. Das Gericht nahm in diesem Falle tatsächlich nur eine vorschriftswidrige Behandlung an und verurteilte im übrigen den Angeklagten zu 16 Tagen mittleren Arrests mit Rücksicht auf die vorzügliche Beurteilung. G. war erst kurz zuvor vor Mißhandlung seiner Leute durch den Hauptmann gewarnt worden.

Die Polizei muß es wissen. Der Magistrat in Braunschweig hat beschlossen, von Ostern nächsten Jahres ab in den Volksschulen den Nachmittagsunterricht wieder einzuführen. Es ist dies auf Anregung der Polizeibehörde zurückzuführen, die bemerkt haben will, daß der Ausfall des Nachmittagsunterrichts auf das Verhalten solcher Schüler ungünstig eingewirkt hat, die unbeaufsichtigt sind und sich auf der Straße umhertreiben. — Es ist doch ein Glück, daß es noch eine Polizei gibt, die auch über die Kinder wacht. Was würde aus den armen Würmern werden, wenn sie nur den Eltern, Pädagogen und Hygienikern überlassen blieben!

Die fürstlichen Gehälter der Postunterbeamten. In Göttingen wurde gegen den Posthülfsboten Eisenhuth aus Stede wegen Unterschlagung im Amte verhandelt. Angeklagter gesteht ein, mehrere Postanweisungen und sonstige Wertsendungen in Höhe von ungefähr 400 Mk. unterschlagen zu haben. Er will hierzu durch die Notlage seiner Familie gezwungen worden sein. Sein Einkommen habe sich auf nur 750 Mark im Jahre belaufen, hiervon habe er eine Familie von vier Köpfen unterhalten müssen. Auch habe er mit Krankheiten in der Familie zu kämpfen gehabt. Unter Zubilligung mildernder Umstände wurde Eisenhuth zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. — Georg Baumgartner von Altmühldorf wurde im Jahre 1901 mit einem Monatsgehalt von 83,50 Mark bei der Postanstalt in Jettendorf als Postbote angestellt. Mit diesem Gehalte sollte er eine Familie mit 9 Kindern ernähren. Es war daher ohnehin Schmalhans Küchenmeister, dazu kam, daß der Angeklagte infolge seines großen Zustellungsbezirkes sehr oft im Wirtshause essen mußte, was natürlich höhere Ausgaben verursachte. In seiner Notlage vergriff sich Baumgartner an amtlichen Geldern und unterschlug Postanweisungen, lautend auf 172 Mk., 24.19 Mk., zweimal auf 100 Mk., ferner solche auf 5 Mk., 55 Mk. und 15,30 Mk.

Afrasia.

Ein nordischer Roman von Theodor Mügge.

(13. Fortsetzung.)

„Es ist nichts", sagte Helgestad gleichgültig, sein Glas leerend. „Sie hat Euch etwas vorgesungen von der braunen Herde, wie sie unter jungen Birken an der Quelle lagert, wo wilde Hühner schreien; der Wind rauscht durch die Zweige, die Kälber springen herbei und lecken die Hände, Altmutter aber sitzt am Feuer und rührt den Brei." — Er lachte spottend auf. „Ist eine eigene Art von Poesie, Herr Marstrand, dreht sich alles um die Wüste da oben, um Renntiere und Gammen; wenn aber ein Lappe davon hört, und wäre er tausend Meilen weit, und lebte er in eines Königs Schloß, kommt dennoch die Sehnsucht nach dem glücklichen Leben auf den Alpen über ihn. Hätte aber doch gedacht", fügte er kopfschüttelnd hinzu, „daß das Mädchen da verständiger wäre."

„Wo ist der Mensch," sprach Marstrand erregt, „der nicht an seinem Vaterlande mit geheimnisvollen Banden hinge!"

„Nennt ihr das ein Vaterland?" rief Helgestad. „Werdet es bald sehen, das süße Ländchen, und wird Grauen über Euch bringen. Doch genug für heut. Müßt müde sein vom Tagewerk, will Euch in Eure Kammer bringen."

Er führte den Gast in das obere Stockwerk, wo in einem kleinen, sauberen Gemach ein mächtiges Bett von der Wandseite winkte.

„Schlaft in Frieden," sagte der Kaufmann, „denke, Ihr werdet es weich genug finden. Sehe, die Dirnen haben Euch die Federn von einem paar tausend Eiderenten untergepackt, wie es ein Fürst sich kaum beschaffen könnte."

Marstrand fiel tief in die elastischen Daunen, welche sich ihm wohltuend anschmiegten, und bald ergriff ihn ein fester Schlaf, der erst von ihm wich, als heller Sonnenschein durch das kleine Fenster drang und die braunen Balkenwände der Kammer beleuchtete.

4.

Wie dieser erste Tag im Gaard von Oereräes vergangen war, so folgten manche andre mit demselben Wechsel von Arbeit und Ruhe. Vom Morgen bis zur Dämmerung währte die Geschäftigkeit in den Warenhäusern und Jachten, abends aber saß die Familie beisammen um den großen Ofen unter Erzählungen und Mitteilungen der verschiedensten Art, aus denen Marstrand vielerlei erfuhr, was ihm fremd war.

Der Gaard oder Hof des alten Helgestad war von einem Dutzend Erdhütten umringt, in welchen teils die Dienstleute des Hauses wohnten, teils die Familien normannischer Fischer oder auch Quäner, d. h. von Finnland eingewanderte Leute, welche von dem Kaufmann abhängig waren und seine nächsten Vasallen bildeten. Sie sowohl wie alle Anwohner an diesem tiefen Arm des Lyngenfjord lieferten an Helgestad ab, was sie fingen, und erhielten dafür von ihm, was sie an Kleidern, Mehl, Branntwein, Angeln und allem Bedarf nötig hatten. Jeder besaß sein Konto in dem dicken Schuldbuche bis zum Fischfange auf den Lofoden, nach dessen Ende die jährliche Abrechnung stattfand. Jetzt war diese Zeit gekommen, und Marstrand, der für seinen Stand ungewöhnlich gut zu schreiben und zu rechnen verstand, fertigte unter Helgestads Anweisung die Noten für die Fischer an und lernte dabei genau kennen, wie es bei diesem Handel herging. Was jeder das Jahr über aus dem Kramladen entnommen, stand auf der einen Seite, auf der andern aber besagte die Gegenrechnung, was er dafür geliefert. Für alle Waren gab es hohe Preise und reichlichen Gewinn, für die abgenommenen Fische wurde der Preis durch die von Kaufleuten und Fischern auf den Lofoden ernannten Kommissarien niedrig genug festgestellt, so daß die meisten kaum aus ihren Schulden kamen, viele im Rückstande blieben, und wenige ein Sümmchen zu fordern hatten, das ihnen jedoch nicht ausgezahlt, sondern gutgeschrieben wurde.

„Sehe wohl," sagte Helgestad, „daß Ihr Euch über diese Art von Abrechnung wundert, würde jedoch aller Handel und Wandel aufhören in den Finnmarken, wenn es nicht so wäre. Darf das Fischervolk sein Lebtag niemals Geld in die Hände bekommen, weil's sonst keine Hand mehr rühren täte. Gebe Euch die Lehre, Herr Marstrand: habt immer ein wachsames Auge darauf, daß wer einmal in Eurem Schuldbuche steht, nie wieder daraus fortkommt, es sei denn, daß Ihr ihn nicht mehr haben möcht, weil er alt und schwach wird, und kein Fang auf den Wellen ihm mehr gelingen will."

„Aber ich sehe doch einige in Eurem Buche," erwiderte Marstrand, „die frei von Schulden sind und etwas zu gut haben."

„Ruh!" rief der Kaufmann mit seinem schlauen Lächeln, „wird nicht eine Woche dauern, so sind sie wieder in meinen Händen. Kommen jetzt von den Lofoden zurück, sind wild und leichtsinnig von dem lustigen Leben. Ist aber ohnehin Regel und Gebrauch unter uns, daß kein Kaufmann einem Fischer borgt, wenn er mit einem andern Kaufmann im Verkehr stand. Keiner nimmt ihn auf, wenn sein bisheriger Versorger es nicht erlaubt, endlich aber — seht umher an den Sunden und Fjorden, alle die kleinen Fischerstellen, die Hütten und die paar Ellen Land und Weide dazu sind sämtlich in unsern Händen. Entweder haben wir sie gekauft und die Leute verpflichtet, die darin wohnen, oder wir haben Geld darauf geliehen und können sie alle Tage hinauswerfen, wenn sie nicht wollen wie wir. Können ihre Kuh verkaufen oder ihr Boot nehmen, können sie elend und arm machen, daß nichts übrig bleibt als das Meer und ein rascher Sprung, um die Rechnung zu schließen."

Um diese Unterschlagungen zu decken, verübte Baumgartner anderweitige Unterschlagungen, wegen derer er vom Landgerichte Traunstein bereits zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. B. entschuldigt sich mit seiner großen Notlage. Urteil: 1 Jahr 10 Monate Gefängnis. Vier Monate Untersuchungshaft wurden dem Verurteilten in Anrechnung gebracht.

Gelsenkirchener Wasserwerks-Prozeß. Donnerstag hatte sich der Gerichtssaal in ein wissenschaftliches Kolleg verhandelt; Professor Dr. Emmerich-München, der heute sein Gutachten erstattet, hat die Wände mit Tabellen und Zeichnungen ausstatten lassen. Professor Emmerich erklärt zunächst, wie er dazu gekommen ist, hier als Gutachter aufzutreten. Er habe sich gewundert, daß sich ein preußischer Staatsanwalt finde, der eine wissenschaftliche Streitfrage vor das Forum des Gerichts bringe: Es ist meine feste Ueberzeugung, das Wasser ist nicht die Ursache der Gelsenkirchener Epidemie! Ich habe aus vielen Städten festgestellt, daß die Typhusepidemien in der Regel im Sommer und Herbst auftreten. Pettenkofer hat durch eigene und andere Forschung festgestellt, daß ein Parallelismus zwischen Grundwasserstand und Typhusepidemien besteht; es ist konstatiert, daß Epidemien nach längerer Trockenheit bei niedrigem Wasserstand entstehen, sie breiten sich aus mit dem Steigen des Wasserstandes und verschwinden, wie der Grundwasserstand sinkt. Das läßt sich an dem Verlauf der Epidemien in München ganz genau nachweisen. Nach Verbesserung der öffentlichen Hygiene verschwanden die Seuchen. Daß diese mit dem Leitungswasser nichts zu tun hatten, geht schon daraus hervor, daß dort erst eine Wasserleitung angelegt wurde, als die Epidemien schon erloschen waren. — Bei hohem Wasserstand entstehen keine Epidemien, ihr Beginn fällt immer in die Periode niedrigen Wasserstandes. Bei Tiefstand des Wassers findet eine starke Vermehrung der Typhusbazillen an der Bodenoberfläche statt, Sättigung des Bodens durch Niederschläge und steigender Wasserstand läuft parallel mit Absterben der Keime. Bei feuchtem Feuchtigkeitsgehalt finden die Nahrungsstoffe, gleichzeitig fällt die Temperatur unter 15 Grad, wodurch die Entwickelung und Vermehrung der Keime erschwert wird. Wie sind nun die Verhältnisse im Seuchengebiet? Bei meinen wiederholten Reisen durch dasselbe fand ich Zustände, wie sonst nirgends in der Welt. Der Boden im Seuchengebiet ist wegen seiner Porosität sehr günstig für die Vermehrung der Bazillen. Ich fand in einem Quadratzentimeter Boden nach der Uebertragung 4 Millionen Keime, nach 11 Tagen waren keine mehr vorhanden. Auf Boden von Haus Grimberg fanden sich in 100 Milligramm Boden 2 268 000 Keime, schnell nahm die Zahl ab, nach 6 Tagen waren alle Keime vernichtet. — Durch gründliche Bodenreinigung, die aber nur theoretisch denkbar ist, würden Epidemien unmöglich gemacht. In Bottrop, Gelsenkirchen war der Boden stark verunreinigt, vielfach fehlte es an Kanalisation, die Beseitigung der Fäkalien und des Unrats ist vielfach sehr mangelhaft. Die Bodensenkungen bestehen die Sammelgräben, aus den Gräben, aus Abortanlagen dringt der Unrat in das Erdreich; bei starkem Regen werden die Gräben überfüllt, der Austritt ergießt sich in Gärten, Höfe und auf Wege. In Gelsenkirchen fand ich einen Graben, durch welchen Jauche und sonstiger Unrat floß, verschiedentlich bildeten sich Tümpel; sogar einen Jauchesee von zirka 500 Quadratmeter fand ich. In Gelsenkirchen sah ich Hofräume, in denen der Mist bis einen halben Meter hoch lagerte. Diese Zustände können durch keine diplomatische Seite reingewaschen werden. Gegen solche menschenunwürdigen Zustände müßte man mit Donnerstimme protestieren, daß es bis zu den Stufen des Thrones dringt und in sanitärer Beziehung für das Gebiet, welches solche Mengen wertvollster Produkte liefert, etwas getan wird. Das wäre mehr wert als Feste feiern. Nach langem Trockenheit Ende August 1901 vermehrte sich die Typhuskeime ganz gewaltig. Durch Fliegen und andere Insekten wurden die Bazillen auf Nahrungsmittel übertragen. Eigentlich ist es noch verwunderlich, daß die Gelsenkirchener Epidemie nicht noch furchtbarer geworden hat. Ich rate Vorsichtigen von dem Genuß der am Schalke kaufen, weil sie dort Bazillen. Die Feuchtigkeitsverhältnisse im abteilungen hygienischen Kohlengebiet sind die denkbar ungünstigsten. Vielfach sorgte man bei den vielen industriellen und Verkehrsanlagen nicht für genügenden Wasserabzug. Wenn plötzlich ein Regen niedergeht, wird durch die Abschwemmungen das ganze Terrain verseucht. Gelsenkirchen ist nun bei all der Bodenverseuchung im allgemeinen wenig für Epidemien disponiert wegen des großen Wasserreichtums des Bodens. So fanden sich für den Sommer 1901 alle Bedingungen vereinigt, die Pettenkofer für den Ausbruch einer Epidemie voraussetzt. Und hier zeigt uns die Natur ein großartiges Experiment. Am 15. bis 16. September ging ein wolkenbruchartiger Regen nieder; in den zwei Tagen betrug die Niederschlagsmenge 51 Meter, mehr als sonst im ganzen Monat. Und nun war die Macht der Epidemie gebrochen, die Erkrankungsfälle ließen nach, die Epidemie verschwand. Wäre der Regen ausgeblieben, die Epidemie hätte weiter gewütet. Seit 25 Jahren war der Wasserstand der Ruhr nicht so niedrig als im Sommer 1900, mit dem Steigen des Wasserstandes nahm die Epidemie ab. Gegen die Ansicht, daß das Leitungswasser die Epidemie verursacht habe, wendet der Sachverständige noch ein, daß die verschiedenen Fälle in den verschiedenen Gemeinden zeitlich weit auseinanderliegen und daß die Epidemie im Zentrum der Städte ihren Anfang nahm, also nicht in Kongruenz mit der Wasserversorgung steht. Verkehrt ist es, das Rohrwasser wegen seines Gehaltes an Kolikbazillen für gesundheitsschädlich zu halten. Vorsitzender: Halten Sie Wasser für ein Nahrungsmittel? Gutachter: Nein, nur für einen Nahrungsstoff. Im Verlauf einer Kontroverse zwischen verschiedenen Sachverständigen bemerkt Professor Emmerich: In Schalke spazieren die Schweine auf der Straße herum, der größte Mißstand ist die Schweinezucht in diesen Gebieten. Medizinalrat Dr. Springfeld führt aus, daß in noch viel kürzerer Zeit, als Prof. Emmerich für die Lebensfähigkeit der Typhuskeime im Wasser annimmt, die Keime bis in den Mund der Wasserkonsumenten gelangen und daß mehrere Tage nach der Infektion lebende Keime im Wasser gefunden worden sind. Professor Emmerich glaubt nicht daran, daß die Fälle verbürgt sind. Stabsarzt Dr. v. Dryalski wendet sich gegen die Ausführungen des Gutachters. Typhuskeime leben sowohl bei Abschluß wie bei Zutritt der Luft. Wiederholt sind Typhuskeime im Wasser gefunden worden. Professor Emmerich wendet sich nun wieder gegen Dr. v. Dryalski. Die Verhandlung wurde auf Freitag vertagt.

Ein Schulkonflikt! Ein Konflikt ist im Mainzer Schulvorstand ausgebrochen. In der Sitzung kam ein Fall zur Besprechung, bei dem ein sechsjähriger Knabe von einem Volksschullehrer mißhandelt worden ist. Ein demokratischer Stadtverordneter meinte dazu, wenn ihm dies als Vater passiert wäre, hätte er den Lehrer ebenso behandelt, wie dies dem sechsjährigen Knaben geschehen sei. Dies gab über hundert Lehrern und Lehrerinnen Veranlassung, einen Protest an den Schulvorstand zu richten, worin dem Oberbürgermeister Dr. Göttner, als dem Vorsitzenden der Vorwurf gemacht wurde, daß er die „unbotmäßigen" Auslassungen (!!) des Stadtverordneten nicht zurückgewiesen habe. Hierauf folgten in der letzten Sitzung erregte Auseinandersetzungen mit den als Mitglieder des Schulvorstandes anwesenden Oberlehrern, wobei der Oberbürgermeister den Vorsitz niederlegte. Die in der Sitzung anwesenden Stadtverordneten stehen in dieser Angelegenheit auf seiten des Oberbürgermeisters.

Eine seltsame Mißgeburt. In der letzten Nummer der Münchener Medizinischen Wochenschrift beschreibt ein Arzt aus Ulm einen sonderbaren Fall, der sich in seiner Praxis ereignet hat. Kam da ein Kind zur Welt, das ein einziges Auge, und zwar mitten auf der Stirn, hatte. Genau in der Mitte saß ein merkwürdig geformtes Auge, während an den normalen Stellen, die bei uns der Sitz der Augen sind, nicht eine Spur eines Auges zu sehen war. Die Lidspalte dieses einzigen Auges war rautenförmig mit zwei seitlichen und einem oberen und unteren Winkel. Am Grunde der Lidspalte befand sich ein Augapfel, der eigentlich aus zwei zusammengewachsenen Augäpfeln bestand. Die Verwachsungslinie der beiden Augäpfel war lediglich durch eine seichte Furche angedeutet. Auf den Rändern der Lidspalte waren Wimperhaare vorhanden. Der Augapfel hatte zwei Pupillen. Eine einzige hufeisenförmige Augenhöhlung, die der Mitte des Stirnbeines angehörte, umschloß das eigenartige Augengebilde. Außer dieser Mißbildung, die in der Medizin als „Cyklopie" bezeichnet wird, zeigte das Kind aber noch eine andere seltsame Abnormität: an der Stelle, wo sich normalerweise die Nase befindet, war eine platte Fläche; dafür befand sich einen Zentimeter über dem Auge ein kleines, häutiges, weinglasförmiges Anhängsel, welches nichts anderes darstellte, als — die häutigen Bestandteile einer Nase. Irgend ein Knochengerüst der Nase war nicht zu konstatieren. Das Kind hatte also ein einziges Auge mitten auf der Stirn und ferner eine Nase, die sich über dem Auge befand und zudem nur aus Haut bestand. Die Mißgeburt war 51 Zentimeter lang und blieb 43½ Stunden am Leben. Da die Nase fehlte, erfolgte die Atmung nur durch den Mund.

Universitätsskandal. Die Hörer in der Universität verübten große Skandalszenen, weil der Rektor das Offnen des Haupttores der Universität verweigerte, und bewarfen die anrückenden Polizisten vom Balkon der Universität aus mit Kohlenstücken. Die Polizei drang ein, es kam zum Handgemenge, wobei drei Studenten verwundet und vier verhaftet wurden. So geschehen in Budapest.

Prügelgeneral und Prügelprinz. Dieser Tage kam in Tiflis ein Prozeß zur Entscheidung, der nicht nur in der medizinischen Welt, sondern auch in der gesamten russischen Gesellschaft tiefe Empörung hervorgerufen hat. Es handelt sich um das Verprügeln des Doktors Sabussow durch den General Kowalew. Aus der Anklageschrift geht hervor, daß General Kowalew, der auf Dr. Sabussow eifersüchtig war, seinem Burschen am 27. März den Befehl erteilte, Ruten anzufertigen und vier Schreiber aus der Kanzlei der Kosakenbrigade in seine Wohnung zu bestellen. Hierauf ließ er durch seinen Diener den Doktor holen, als wenn er dessen Rates bedürfe. Als der Arzt erschien, bot ihm General Kowalew einen Trunk an, und dann traten auf einen Wink des Generals sieben Kosaken ins Zimmer, die den Arzt auf Befehl des Generals auszogen und hierauf in der fürchterlichsten Weise durchprügelten. Die vier Tage nach dem Vorfall vorgenommene ärztliche Besichtigung stellte fest, daß Dr. Sabussow in der furchtbarsten Weise mißhandelt worden war und sein Körper 42 Spuren schwerer Rutenhiebe aufwies. General Kowalew gab zu, seine Machtbefugnis überschritten zu haben, stellte aber eine absichtliche Mißhandlung des Arztes in Abrede. Irgend welche Aufschlüsse über das Motiv seiner Handlung verweigerte er. Da unter anderem Telegramme der Generäle Kuropatkin und Subbotitsch vorlagen, die dem Angeklagten das beste Zeugnis ausstellten und um eine Milderung des Urteils des Kriegsgerichts baten, sprach das Gericht den Angeklagten nach vierstündiger Konferenz einer Ueberschreitung seiner Machtbefugnis und der Mißhandlung schuldig, erkannte aber Milderungsgründe an und beschloß in Anwendung des letzten Manifestes, den General vom aktiven Dienst auszuschließen, ohne ihn seiner Würde zu entkleiden. — Ueber die „Heldentaten", die ein russischer Prinz auf deutschem Boden verübt hat, wird aus Dresden folgendes berichtet: In einem Dresdener Hotel war ein russischer Prinz vor einigen Wochen mit Frau und Dienerschaft abgestiegen. Dieser kam nachts nach Hause und bat den Nachtportier, ihm noch etwas zu lesen zu geben. Dieser gab dem Prinzen eine Nummer des „Simplizissimus", auf deren Schlußseite sich das Bild eines russischen Großfürsten befand mit der Unterschrift: „A., 30 000 Tote, Kellner, noch 'n Schnaps!" Der der deutschen Sprache mächtige Prinz läßt in dem Glauben, der Portier habe sich einen schlechten Scherz mit ihm machen wollen, den Nichtsahnenden auf sein Zimmer kommen und bearbeitet ihn dort dermaßen mit Händen und Füßen, daß der Aermste sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte und heute noch nicht wiederhergestellt ist. Der Prinz, der seine russischen Gewohnheiten in so energischer Weise auch in Deutschland zur Anwendung bringt, weigert sich nun auch noch, dem Portier die Kurkosten und ein Schmerzensgeld zu zahlen, wird aber hoffentlich durch ein deutsches Gericht dazu angehalten werden. Das Bezeichnendste an der ganzen Affäre ist es aber, daß der russische Prügelprinz noch heute in demselben Hotel wohnen darf!

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 28. November.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 425 Stück, Preis: Sengschweine — Mk., Versandtschweine, schwere 54—55 Mk., leichte 53—54 Mk., Sauen 45—50 Mk. und Ferkel 48—52 Mk. pro 100 Pfund.

Er lachte zufrieden auf, fuhr mit dem Finger über die Kehle und gemahnte vergnügt dazu.

„Und dies geschieht wohl nicht ohne," antwortete der Junker.

„Nein!" gestand Helgestad, „so lange ein Mann es bezahlen kann, ist es auch möglich, daß er seine Schulden bezahlt, und so lange dies möglich ist, wird kein Kaufmann so leicht einen guten Kunden den Hals pfänden. Sieht aber jeder, wie es nicht ist, nach seinem Eigentum, geht zu, wo er Geschäfte macht, borgt nicht weiter und ruft den Sorenskriver zu Hilfe, wenn er denkt, daß es die richtige Zeit ist."

„In dieser Weise," sagte Marstrand, dessen Rechtsgefühl sich empörte, „müßten freilich die Fischer und arbeitenden Leute vollständig ausgezogen werden, ehe sie aus ihrem Elende zu kommen." — Helgestad blickte gründlich zu ihm auf. „Sprecht den Namen nicht," rief er, „die da sagen, die Handelsleute in den Finmarken seien die Geißel des Landes! Seht auf den Lofoden schon darüber einen Zehen gespannt, jetzt aber seid Ihr selbst ein Kaufmann, werden die Augen Euch aufgehen, daß es so sein muß und nicht anders. Müssen die Fischer und Seeleute, Bauern, Dorfer und Lappe unsere Diener sein, müssen alle in Abhängigkeit und Armut gehalten werden, weil wir sonst nicht bestehen können. Ist ein Jammer, Herr! Wer die Kraft nicht verspürt, so zu ringen, daß dem armen, leichtsinnigen Volke nichts übrig bleibt, und ohne Schonung mit ihm verfahren kann, wenn nichts mehr zu bekommen ist, ist am besten der Handel zu lassen."

Marstrand sah ein, daß er schweigen müßte, und was konnte er auch einwenden? Helgestad war nicht besser und nicht schlechter als alle diese Händler. Jeder hatte dasselbe Ziel, jeder prägte und übertrieb seine Gewohnheiten, Nachteil, und wer irgend sein Schuldbuch erreichen konnte, nach Möglichkeit; aber diese Fischer, Jäger und Hirten bildeten auch eine wüste, faule und rohe Masse, die nur durch Hunger und Not von der Wiege bis zum Grabe zur Arbeit gezwungen wurde.

Unter fortgesetzter Tätigkeit kam der Sonntag heran, und Marstrand war froh, diesen Tag der Ruhe ohne Rechenbuch und Stockfischbündel verleben zu können. Am Abend vorher, als er vom Fjord heraufkam, fand er Gula an der Tür stehend, die ihn freundlich grüßte. „Du bist spät fleißig," sagte sie, „morgen wirst du dafür einen frohen Sonntag halten."

„Gibt es einen Tanz?" fragte er scherzend.

„Einen Tanz? behüte Gott, Herr!" war die Antwort, „Tanz ist selten im Dorendsgaard. Du sollst zur Kirche fahren."

Marstrand wandte sich zu dem Meeresarm um, über dessen Felsenriffe in der Ferne die hohe Spitze des Kirchleins von Syngen sichtbar wurde. — „Der Fjord treibt schwere Eisschollen," sagte er, „dabei stürmt es. Ich bleibe lieber im warmen Hause."

„Du bist kein frommer Mann," erwiderte Gula schelmisch lachend. „Jungfrau Ilda wird es dir noch besser sagen. Es wird ein Aufsitz im Gotteshause gehalten, wobei niemand fehlen darf."

„Du begleitest uns also auch?"

„Ich? Nein," war die lustige Antwort. „Ich bin keines Mannes Kind, der Fischen und Handelsstellen besitzt. Ich bleibe daheim, doch wenn du für mich beten willst, will ich mich für dich wärmen."

„Du bist eine kleine Heidin, wie ich merke, die Kirche Kirche sein läßt," scherzte Marstrand, „lieber am Herde hockt und die Töpfe bewacht."

„Wenn du zur Mittagszeit zurück bist," sagte sie, „und der Tag gut wird, will ich dich an ein schönes Plätzchen führen, wo du weit über Meer und Land schauen kannst bis an die Eisinseln, wenn es hell ist."

„Ich halte dich beim Wort," rief er ihr nach, denn Gula sprang ins Haus, weil Helgestad drinnen die Tür öffnete und seinen Kopf herausstreckte.

Jungfrau Ilda saß am Tisch und nähte an ihres Vaters seidener Weste, der Kaufmann aber hielt den neuen breitrandigen Hut in der Hand, den Bjönarne ihm aus Trondhjem mitgebracht.

„Denke eben an Euch," rief er dem Junker zu, „und an unsere Kirchfahrt. Wird in Syngen Pastor Sture eine prachtvolle Dankrede halten für den reichen Fang auf Lofoden. Müßt uns dahin begleiten, Herr Marstrand. Seht dort alle gute Leute beisammen von nah und fern. Ist nötig, daß Ihr Bekanntschaften macht, so viel Ihr könnt."

Die Einladung war nicht auszuschlagen, und den ganzen Abend über blieb das Kirchfest der Inhalt des Gesprächs. Am nächsten Morgen aber, als es noch dunkel war, schallte das hölzerne Gebäude von den Tritten und Stimmen der reiselustigen Gaardleute, und kaum war Marstrand mit seinem Anzuge fertig, als er zum Frühstück gerufen und zur Eile gemahnt wurde.

Er hatte sich stattlich ausgeschmückt. Ein grüner Rock mit goldner Tresse, wie er in Kopenhagen damals von Herren in der Gesellschaft getragen wurde, schloß sich eng an seinen schlanken Wuchs und hinderte ihn nicht, den kurzen Pelz von Blaufuchsfellen überzuwerfen, den er von Helgestad gekauft hatte. Sein dunkelblondes Haar, von einem Bande lose zusammen gehalten, fiel in reichen Ringen auf seine Schultern, und seine Erscheinung war bis auf die hohen Stiefeln hinab so angenehm daß Helgestad ihn beifällig betrachtete.

„Ruh!" rief er, „versteht es, Eure Sache vorzutragen, Werden die Mädchen aus dem Koofjord und von Alden mehr auf Euch blicken als nach dem frommen Henrik Sture, mag er schreien, daß die Balken zittern. Denke, habe recht, Ilda. — Ist's nicht so?"

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. — Verleger: Theodor Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer u. Co. — Sämtliche in Altona.